

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RUSSISCH IN KIRGISTAN PRÄSIDENTENWAHLEN IN TADSCHIKISTAN

■ ANALYSE

- Umstrittenes Erbe
Das Ringen um die Rolle der russischen Sprache in Kirgistan 2
Von Bakyt Baimatov, Bischkek

■ STATISTIK

- Ethnische Zusammensetzung und Sprachkenntnisse 6

■ DOKUMENTATION

- Wenig überraschend – Präsidentschaftswahlen in Tadschikistan 8
Das offizielle Wahlergebnis 9
Emomali Scharifowitsch Rachmon. Politischer Lebenslauf 10
Stimmen zur Wahl 10

■ CHRONIK

- Vom 19. Oktober bis 22. November 2013 13



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen
werden unterstützt von:

VDW

Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

&

giz

Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Umstrittenes Erbe

Das Ringen um die Rolle der russischen Sprache in Kirgistan

Von Bakyt Baimatov, Bischkek

Zusammenfassung

Der Status der russischen Sprache ist in Kirgistan bis heute umstritten und ambivalent. Die einen sehen die Staatssprache Kirgisisch bedroht, solange Russisch einen Sonderstatus hat, die anderen beklagen eine Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte der Minderheiten und eine zunehmende Auswanderung der Russen. Trotz der Emigration und staatlicher Maßnahmen zur Förderung des Kirgisischen wächst aber das Interesse am Erlernen der russischen Sprache. Der kirgisische Autor des folgenden Aufsatzes plädiert ganz klar für ein Kirgistan, in dem neben Kirgisisch auch Russisch weiterhin seinen Platz hat.

Eine Studie des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) aus dem Jahre 2013 sagt voraus, dass alle fünf Jahre schätzungsweise 50.000 Russen Kirgistan verlassen werden. Ihre Zahl würde somit von gegenwärtig 380.000 auf 194.000 im Jahr 2030 fallen. Einige Experten meinen, dass die Studie sogar noch zu kurz greift und die Zahl der russischen Migranten aus Kirgistan bis 2030 viel höher sein wird. Nach jüngsten Studien wollen nunmehr 91,2 % aller Russen das Land verlassen. Der fortlaufende Rückgang der Gesamtzahl der Russen in Kirgistan fördert die Abwanderung der Verbliebenen, ebenso wie Versuche, den Status der russischen Sprache zu senken, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein von Moskau unterstütztes Programm zur freiwilligen Übersiedlung nach Russland.

Im Folgenden wird versucht, das sowjetisch geprägte sprachliche Vermächtnis der Russen in Kirgistan zu analysieren und zu verstehen, warum die so genannte »Nationale Frage«, die sich auf die Titulnationen in der früheren Sowjetunion bezog, sich unter den Bedingungen postkommunistischer Realitäten ironischerweise in eine »Russische Frage« beziehungsweise »De-Russifizierung« verwandelt hat.

Eine der Folgen der einseitigen und ineffektiven sowjetischen Nationalitätenpolitik in Kirgistan und Zentralasien zeigt sich heutzutage in der schwierigen Lage der Russen, die zu Minderheiten in den Ländern geworden sind, die sie einst [politisch, Anm. d. Übers.] dominiert und bei deren kulturellem, industriellem und wirtschaftlichem Aufbau sie eine sehr bedeutsame Rolle gespielt haben. Es gibt eine Anzahl von Einschränkungen, welche die Rechte der Russen in Kirgistan tangieren und ihre Zukunftschancen einengen.

Russisch im multiethnischen Kirgistan

Die Kirgisische Republik ist ein multiethnischer Staat, in dem 80 Nationalitäten beheimatet sind. Der Anteil der Kirgisen an der Gesamtbevölkerung von 5 Mio.

betrug nach Ergebnissen des nationalen Zensus von 2009 71 %, jener der Russen 7,8 %. Der Anteil der Russen war 1959 mit 30,2 % am höchsten, unmittelbar vor der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1989 betrug er 21,5 %. In den frühen 1990er Jahren kam es jedoch zu einer starken Abwanderung aus Kirgistan und damit einem starken Rückgang der Zahl der Russen.

Die Verschlechterung der interethnischen Beziehungen in den frühen 1990er Jahren hat Kultur- und Sprachfragen zu Instrumenten der politischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Figuren des öffentlichen Lebens gemacht, die in Machtkämpfen nationalistische Gefühle mobilisierten. Das 1989 verabschiedete »Gesetz über die Staatssprache« erhob ausdrücklich Kirgisisch zur einzigen Staatssprache und sah einen allmählichen Übergang von der russischen zur kirgisischen Sprache in öffentlichen Einrichtungen und Schulen bis zum Jahre 1998 vor. [Russisch bekam den Status einer Sprache der interethnischen Kommunikation; ab 2000 wurde es zur Amtssprache aufgewertet, Anm. d. Übers.] Das Gesetz erwies sich als sehr kontrovers und verschärfte die interethnische Situation im Lande. Breite Kreise hielten es für diskriminierend, dass das Gesetz der Titulnation und ihrer Sprache Vorteile auf Kosten der nationalen Minderheiten einschließlich der Russen gewährte. Bei einer Umfrage aus dem Jahre 2000 gaben 68 % der Russen an, dass das Gesetz über die Staatssprache ihre Situation negativ beeinflusst habe. Die meisten Interviewten meinten, dass das Gesetz sich negativ auf ihren sozialen Status auswirke – 24 % der Russen gaben an, dass das Gesetz den Zugang zum Hochschulstudium erschwere; 17 % hatten Probleme im Arbeitsleben, 12 % befürchteten ihre Entlassung und 16 % hatten Schwierigkeiten mit dem beruflichen Aufstieg. 16 % der Befragten gaben zu, dass die Verabschiedung des Sprachgesetzes die Alltagskommunikation mit Kirgisen erschwere. 7 % merkten an, es seien weniger russischsprachige Medien in Umlauf. Über die Reduzierung der Schulstunden für das Fach Russische Sprache und Literatur im Curricu-

lum äußerten sich 78,2% der Russen besorgt. Zeitliche Beschränkungen bei der Ausstrahlung russischsprachiger Radio- und Fernsehprogramme in Kirgistan erfüllten 75,3% der russischen und 51,7% der kirgisischen Befragten mit Sorge. Und schließlich beunruhigte die Einführung des Kirgisischen im Geschäftsbereich und in Behörden 84,2% der Russen und 60,8% der Kirgisen (alle Angaben stammen vom Nationalen Statistischen Komitee der Kirgisischen Republik).

1998 hat das Parlament der Kirgisischen Republik den Entwurf für ein Gesetz über nationale Minderheiten auf den Weg gebracht, das jedoch bis heute nicht verabschiedet wurde. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass die drängenden Probleme der nationalen Minderheiten Gegenstand politischer Debatten zwischen den konkurrierenden politischen Parteien geworden sind, bei denen auf Wählerstimmen spekuliert wird.

Stärkung des Kirgisischen

In ihrem jährlichen Bericht für das UN-Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) hat die kirgisische Regierung im Februar 2013 erklärt, dass die ethnischen Minderheiten in Kirgistan das Recht auf die Bewahrung ihrer Sprache haben. Der Bericht unterstreicht, dass die Sprachenvielfalt im Lande durch die Verfassung garantiert wird und dass nationale Minderheiten in der Regierung, der öffentlichen Verwaltung und auf der Ebene der Rechtspflege und Polizei gut repräsentiert seien. Tatsächlich aber sind die nationalen Minderheiten in diesen Bereichen gegenwärtig nur eingeschränkt vertreten, und es handelt sich eher um Absichtsklarungen als um tatsächliche Repräsentation. Schließlich steht in dem Report noch, dass die Regierung dem Schutz der Minderheitensprachen Priorität beimisst und plant, Fernseh- und Radioprogramme nicht nur weiterhin in Russisch und Usbekisch, sondern künftig auch in Kasachisch und Tadschikisch auszustrahlen.

Im Januar 2012 hat das Parlament der Kirgisischen Republik zwei Gesetze verabschiedet, die darauf abzielen, die Rolle der kirgisischen Sprache zu stärken. Eines der Gesetze sieht verbindlich vor, dass offizielle und juristische Dokumente nur noch in Kirgisisch verfasst werden, während bislang beide Sprachen benutzt wurden. Das andere Gesetz verpflichtet die Lokalbehörden, im Geschäftsverkehr und in der Verwaltung in solchen Verwaltungseinrichtungen, in denen die Mehrheit der Angestellten ethnische Kirgisen sind, ausschließlich die kirgisische Sprache zu nutzen. Viele Angehörige von Minderheiten und viele Menschenrechtsaktivisten sehen in diesen Gesetzen eine Verletzung der Verfassung, die den Status der russischen Sprache als »offizielle Sprache« im Lande garantiert. Und schließlich wird nun ein drittes Gesetz erörtert, dass die obligatorische Kenntnis

des Kirgisischen und einen Sprachtest für Angestellte im öffentlichen Dienst vorsieht.

Die Sprachenpolitik in der Kirgisischen Republik wird heute durch die 2004 verabschiedete Neufassung des Gesetzes über die Staatssprache definiert und reguliert, sein Hauptzweck ist die Entwicklung und Förderung der Nationalsprache. Wie in vielen anderen postsowjetischen Ländern ist die Sprachenfrage auch in Kirgistan immer noch eines der zentralen Themen der Politik. Wir können beobachten, dass nationalistische Elitegruppen versuchen, das Russische zu verdrängen und der kirgisischen Sprache in Politik und Wirtschaft die dominierende Stellung zu verschaffen. Dies wird als chauvinistisch empfunden und ruft bei den Russen Migrationsbewegungen hervor.

Im März 2012 hat Urmat Amanbajewa, ein Mitglied des kirgisischen Parlaments, Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen der Kirgisischen Republik initiiert, die Strafen für Angestellte des öffentlichen Dienstes vorsehen, wenn sie in ihren Alltagsarbeiten ungenügende Kenntnisse des Kirgisischen zeigen. Die Abgeordnete hat außerdem beantragt, dass die Verfassungsklausel über den offiziellen Status der russischen Sprache in Kirgistan als ungültig betrachtet werden soll, mit der Begründung, dass »die kirgisische Sprache kurz vor dem Aussterben ist« und »es lebenswichtig ist, dass alle Beamten gezwungen werden, fließend Kirgisisch zu beherrschen«. Die Abgeordnete wurde auch mit der Aussage zitiert, dass »aller Geschäfts- und Verkehrsverkehr in Kirgisisch geführt werden muss und auch alle öffentlichen Sitzungen und Berichte in Parlament und Regierung ausschließlich in der kirgisischen Sprache abgehalten und verfasst werden müssen.«

Am 10. Juni 2013 hat Präsident Atambajew den Versuch gemacht, extremen Tendenzen hinsichtlich der russischen Sprache entgegen zu treten, indem er die vom Parlament vorgelegten Gesetzesinitiativen, die Strafen für Staatsbedienstete mit schlechten Kirgisischkenntnissen vorsahen, zurück gewiesen hat. Der Präsident hob hervor, dass diese Zusatzartikel »die Verpflichtung und den Einsatz der Kirgisischen Republik für die Schaffung der notwendigen Bedingungen zum Erlernen und zur Entwicklung der Muttersprache anderer Ethnien, die im Lande wohnen, verletzen«. Außerdem stellte Atambajew fest, dass »diese Initiativen nicht im Einklang mit jenen Verfassungsartikeln stehen, welche eine Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Menschen und der Bürger der Kirgisischen Republik per Gesetz verbieten«.

Sollte das Veto des Präsidenten überstimmt und diese Initiativen und Zusätze vom Parlament verabschiedet werden, wären die Konsequenzen für ein effizientes Funktionieren der öffentlichen Verwaltung und Leitung desaströs. Wenn man annimmt, dass die Mehr-

zahl der Bewerber für freie Posten im Regierungsapparat Sprachtests absolvieren müsste, würde eine zunehmende Zahl von ethnischen Gruppen, die nicht zur Titularnation gehören, einschließlich der Russen, aus dem Wettbewerb und somit aus Leitungsfunktionen gedrängt. Nach Angaben des Komitees für Statistik hat der Anteil von ethnischen Kirgisen in Leitungsfunktionen und in der Verwaltung bereits jetzt 91 % erreicht, während ihr Gesamtanteil an der Bevölkerung des Landes etwas mehr als 70 % ausmacht.

Ungeachtet dessen sind in den letzten Jahren lautstarke Forderungen, nur das Kirgisische zu nutzen und das Russische ganz zu ersetzen, zu einem hervorstechenden Merkmal des politischen und öffentlichen Lebens Kirgistans geworden. Beispielsweise hat im Mai 2013 die erste Konferenz kirgisischer Studenten eine Abschlussresolution verabschiedet, die an die politische Führung des Landes appelliert, die kirgisische Sprache in den Status der einzigen offiziellen Sprache zu erheben, also vielmehr: Russisch den Status als zweite Amtssprache zu nehmen. Die Delegierten waren der Meinung, dass diese Initiative das Erlernen und den Gebrauch anderer Sprachen inklusive Russisch nicht beeinträchtigen wird. Adilet Orosbajew, führendes Mitglied des Studentenrats an der Türkischen Manas-Universität, hat außerdem unterstrichen, dass die Verbreitung der russischen Sprache ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung des Kirgisischen darstellt. Zum Abschluss wird in der Resolution gefordert, dass alle aus Kirgistan stammenden Computerprogramme, sozialen Netzwerke und Internetseiten ins Kirgisische übersetzt werden müssen.

All das ist ein Indiz dafür, dass die Erhöhung des Status und der Rolle der kirgisischen Sprache auf dem Gesetzeswege die russische Sprache und andere Minderheitensprachen in Kirgistan diskriminiert. Außerdem sind Schuldzuweisungen, Diffamierungen und Übertreibungen mit Blick auf die Rolle der russischen Sprache zu einem mächtigen Werkzeug in den Händen chauvinistischer politischer Kräfte im Lande geworden.

Gegenwärtig gibt es eine ganze Reihe einschneidender Beschränkungen, die eine harmonische Gestaltung von Minderheitenfragen im Lande behindern und Probleme bezüglich der angemessenen Vertretung von nationalen Minderheiten in legislativen und exekutiven Institutionen, in der lokalen Regierung und im Justiz- und Polizeiapparat schaffen. Angehörige nationaler Minderheiten sind in der lokalen Selbstverwaltung kaum repräsentiert, und auch auf den oberen Machtebenen von Exekutive und Rechtsprechung ist die ethnische Vielfalt beschränkt. Versteckte Formen von Diskriminierung gegenüber ethnischen Minderheiten äußern sich im beschränkten Zugang zu öffentlichen Ressourcen und sozialer Sicherheit, zum Wertpapiermarkt und Erwerb

von Eigentum sowie anderen wichtigen Aktivposten. Die russischen Gruppen fühlen sich im Erziehungs-, Kultur- und Dienstleistungssektor in den Hintergrund gedrängt und erfahren Vorurteile im Arbeitsleben und auf dem Arbeitsmarkt, wo die Beherrschung der kirgisischen Sprache für Minderheitenvertreter bindend ist. Eine soziologische Studie hat ergeben, dass sich 54,9 % der Russen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert fühlen.

Dennoch wachsende Russischkenntnisse

Man muss noch einmal unterstreichen, dass Artikel 10 der neuen kirgisischen Verfassung von 2010 Kirgisisch als Staatssprache festlegt, während dem Russischen der Status einer Sprache für den »amtlichen Gebrauch« zugewiesen wird. Die Verfassung »garantiert allen ethnischen Gruppen, die zusammen ein einiges kirgistanisches Volk bilden, das Recht auf Bewahrung ihrer Muttersprache und Schaffung günstiger Bedingungen für deren Erlernung und Entwicklung«.

Nimmt man das Kriterium »Muttersprache«, so nimmt Russisch hinter Kirgisisch und Usbekisch den dritten Platz ein, aber den zweiten Platz hinsichtlich seiner Verbreitung und Nutzung als Kommunikationsmittel im Lande. In der letzten Volkszählung im Jahre 2009 gaben 48 % der Bevölkerung an, fließend Russisch zu sprechen. Im Gegensatz dazu ergab die jüngste Volkszählung von 2013, dass 52,5 % behaupteten, gute Russischkenntnisse zu haben. Die starke Zunahme von Personen, die sich gute Kompetenzen im Russischen zuschreiben, kann man teilweise damit erklären, dass die überwiegende Mehrheit der kirgisischen Arbeitsmigranten, die auf der Suche nach Beschäftigung und Zusatzeinkommen nach Russland gehen, junge arbeitsfähige Menschen im Alter von 18–27 Jahren sind. Höchst wahrscheinlich verschafft der mehrjährige Aufenthalt in Russland den jungen Migranten die Möglichkeit, Russisch zu lernen und es in Alltagskontakten mit den Einheimischen zu üben. Offensichtlich bereiten diese Menschen sich auch auf ihren Russlandaufenthalt vor. Denn parallel zur rasant zunehmenden Arbeitsmigration nach Russland gibt es immer mehr Kirgisen, die sich für Russisch-Intensivkurse einschreiben. Diese Menschen stammen hauptsächlich aus abgelegenen Regionen des Landes, in denen Russisch in den staatlichen Schulen nicht mehr unterrichtet wird. Es ist belegbar, dass die Zahl der Russisch lernenden Erwachsenen im Zunehmen begriffen ist, insbesondere im Süden des Landes, in dem die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung lebt, und von wo auch die Mehrzahl der ca. 700.000 kirgisische Arbeitsmigranten, die sich gegenwärtig in Russland aufhalten, stammt.

Eine andere Erklärung für das Phänomen gesteigerter Russischkenntnisse könnte sein, dass das Russische, trotz der gesetzlichen Einschränkungen seiner

Funktionsbereiche weiterhin als ein Mittel der mündlichen Kommunikation sowohl in interethnischen Kontakten als auch als Muttersprache im familiären Milieu verwendet wird. Beispielsweise kommunizieren ethnische Türken, Griechen, Tataren, Ukrainer, Deutsche und Koreaner in Bischkek gewöhnlich auf Russisch miteinander, ebenso wie kirgisische, tadschikische und usbekische Gruppen in der Stadt Osch, und schließlich nationsweit Uiguren, Tschetschenen, Kasachen und Dunganen untereinander. Wenn wir das Erziehungswesen nehmen, so wird der Vorschulunterricht zu 65 % in Russisch durchgeführt, und im Hochschulbereich erreicht der Anteil sogar 90 %, vor allem weil die Lehrbücher aus der Russischen Föderation stammen. Auf der Ebene der Sekundarschulen haben 18 % der Schüler Russisch als Unterrichtssprache. Seit den späten 1990er Jahren stammt die Mehrheit der Schüler, die auf Russisch unterrichtet werden, nicht mehr aus der Gruppe der ethnischen Russen. Dennoch ist die Zahl der Schulen mit Russisch als Unterrichtssprache von 143 Schulen im Jahre 2002 auf 203 im Jahre 2012 gestiegen. Nach Angaben des Erziehungsministeriums wird in 9 % aller Sekundarschulen im Lande der Unterricht auf Russisch durchgeführt. Zusätzlich sind die so genannten gemischten Schulen zur Realität geworden, in denen es russischsprachige Klassen gibt oder der Unterricht in bestimmten Fächern auf Russisch angeboten wird. Es wird geschätzt, dass für eines von vier Kindern in Kirgistan Russisch ganz oder teilweise die Unterrichtssprache darstellt. Schließlich stellt Russisch nicht nur das wesentliche Instrument der Bildungsvermittlung in Sekundarschulen, sondern auch in Colleges und in Universitäten dar, wobei von insgesamt rund 230.000 Studierenden schätzungsweise 160.000 höhere Bildungseinrichtungen mit Russisch als Unterrichtssprache besuchen.

Über den Autor:

Bakyt Baimatov hat seinen MA an der Universität Reading, Großbritannien, gemacht und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien promoviert. Er ist Dozent für Wissenschaftliches Schreiben und für Internationale Beziehungen an der Internationalen Plato-Universität und der Akademie für Diplomaten beim Außenministerium der Kirgisischen Republik.

Lesetipps:

- Asel Kalybekova, Kirgyzstan: Bill Seeks Russian-Language Ban in Government, Eurasianet, 27.3.2013, = <<http://www.eurasianet.org/node/66744>>
- Kirgyzstan: Labor Migrants Grapple with Russian-Language Requirement, Eurasianet, 1.2.2013, = <<http://www.eurasianet.org/node/66491>>
- Pavel Dyatlenko, Kirgyzstan Unwise to Squeeze Minority Languages, IWPR, RCA issue 705, 21.6.2013, = <<http://iwpr.net/report-news/kyrgyzstan-unwise-squeeze-minority-languages>>

Fazit

Die Zukunft der Russen und des Russischen in Kirgistan sieht sehr unsicher aus und hängt vor allem von den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den nächsten Jahren ab. Sollten chauvinistische Eliten, die an nationalistische Gefühle appellieren, an die Macht kommen oder sich die wirtschaftliche Situation verschlechtern, werden viele noch verbliebene Russen das Land verlassen. Als Folge könnte der fragile interethnische Friede in Kirgistan sehr viel brüchiger werden und die demokratische Glaubwürdigkeit des Landes würde Schaden erleiden. Kirgistan könnte seinen Ruf als eine der offenen, demokratischen und toleranten Nationen in Zentralasien verlieren.

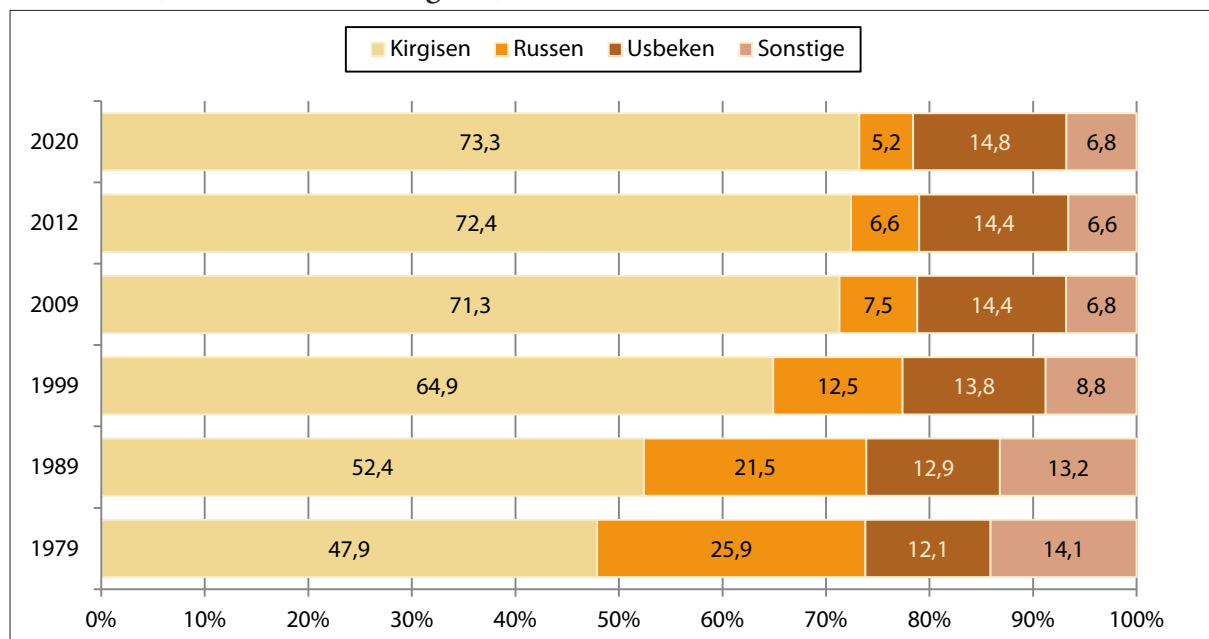
Nach Angaben einer sehr guten soziologischen Studie von 2007 vertraten 78 % der Russen die Ansicht, dass das russische Volk und andere slawische Völker eine historisch bedeutsame Rolle in der soziokulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Kirgistans und anderer Sowjetrepubliken gespielt haben. Jedoch teilten nur 30 % der Kirgisen diese Ansicht. Umgekehrt sagten 7 % der Russen und 17 % der Kirgisen, dass die Russen bei der Entwicklung der andern sowjetischen Nationalitäten keine wichtige Funktion gehabt hätten. Und 3 % der Russen und 29 % der Kirgisen stimmten der Aussage zu, dass die slawischen Völker immer nach der Hegemonie über andere sowjetische Nationen gestrebt haben.

Egal wie kontrovers die soziologische *vox populi* sein mag, viele kirgisische Intellektuelle sehen auch weiterhin die ethnischen Russen und das Russische als eine einzigartige historische Ressource an und bewerten ihren Beitrag zur Bildung und Aufklärung der Titularnation des modernen Kirgistan als eine weise Investition zum passenden Zeitpunkt.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

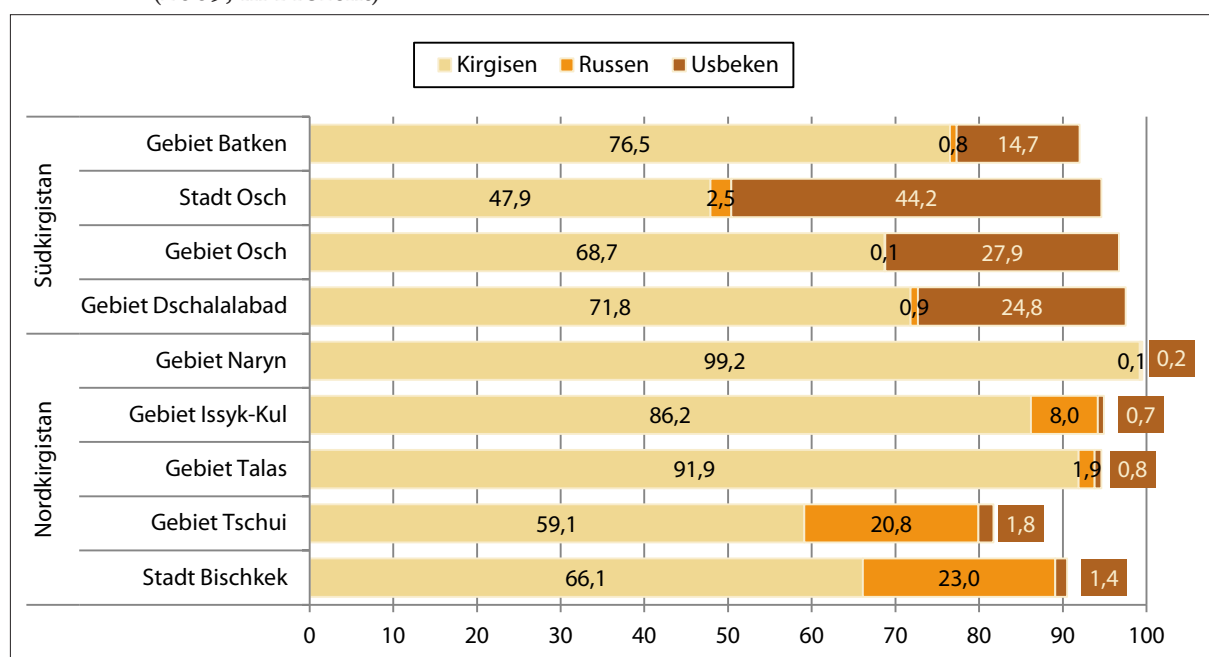
Ethnische Zusammensetzung und Sprachkenntnisse

Grafik 1: Bevölkerungszusammensetzung nach ethnischen Gruppen
(in Prozent, 2020 Prognose)



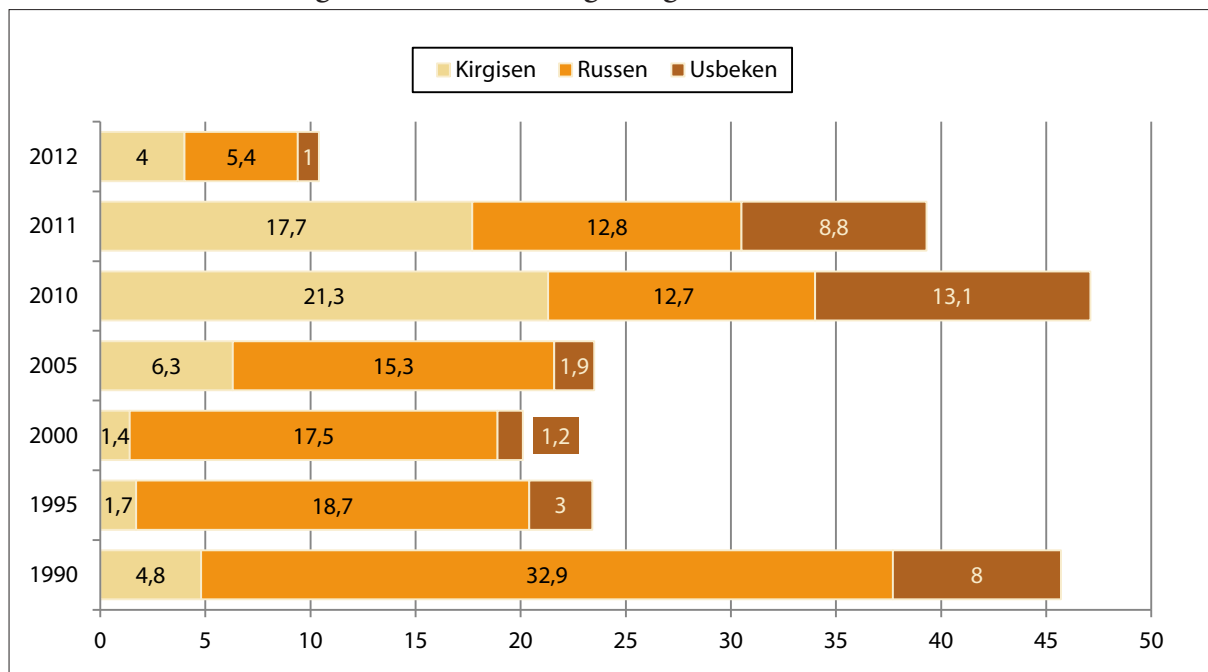
Quelle: Ergebnisse der Bevölkerungszählung 1999, <http://stat.kg/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=29&Itemid=91>; Statistisches Jahrbuch 2008–2012, <<http://stat.kg/images/stories/docs/tematika/svod/Handbook%202009-2012.pdf>>; Konzeption zur Stärkung der zwischenethnischen Beziehungen in der KR, <http://www.president.kg/files/docs/kontseptsiya_ukrepleniya_edinstva_naroda_i_mejtnicheskikh_otnosheniy_v_kr.pdf>

Grafik 2: Bevölkerungsanteile der drei wichtigsten ethnischen Gruppen in den Gebieten
(2009, in Prozent)



Quelle: Datenbank des Statistischen Komitees der KG, <<http://212.42.101.118/pxlocal/Database/STATRU/databasetree.asp>>

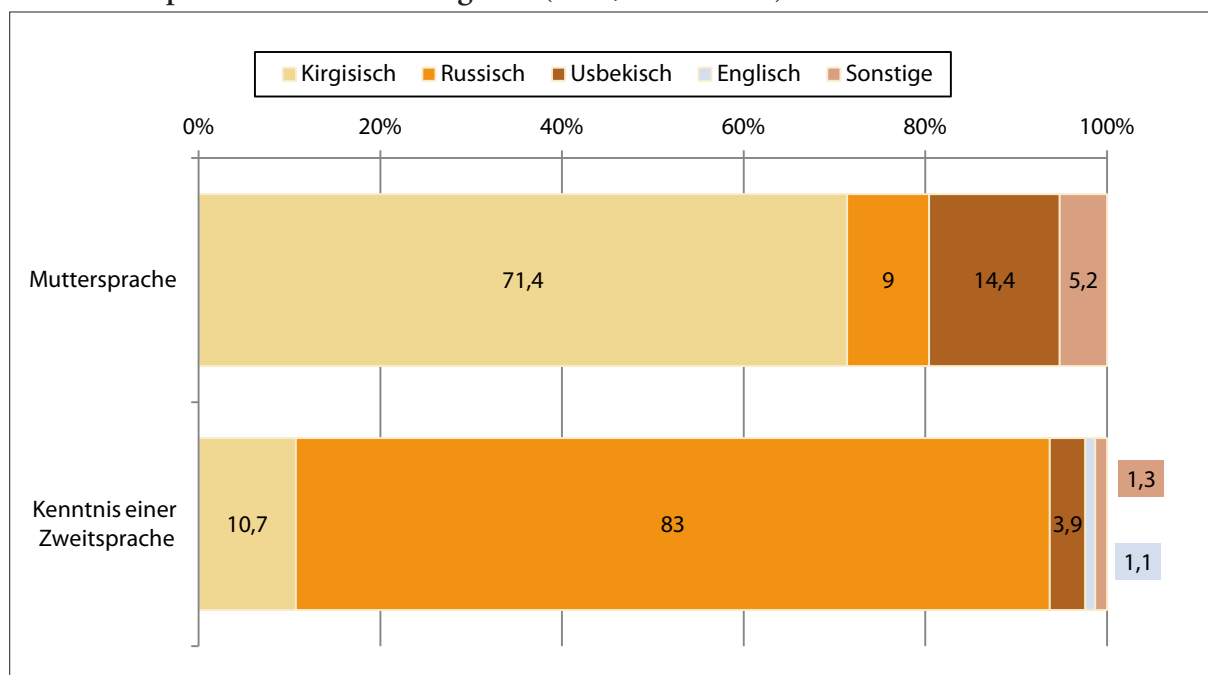
Grafik 3: Abwanderung nach ethnischer Zugehörigkeit (in Tausend, 2010)



Gesamtzahlen: 1990: 82,9 Tsd., 1995: 37,3 Tsd., 2000: 27,9 Tsd., 2005: 30,7 Tsd., 2010: 54,5 Tsd., 2011: 45,7 Tsd., 2012: 13 Tsd.

Quelle: Demographisches Jahrbuch 2008–2012, <<http://stat.kg/images/stories/docs/tematika/demo/demography%20yearbook%202008-2012.pdf>>

Grafik 4: Sprachkenntnisse in Kirgistan (in %, Stand 2009)



Quelle: Konzeption zur Stärkung der zwischenethnischen Beziehungen in der KR, <http://www.president.kg/files/docs/kontseptsiya_ukrepleniya_edinstva_naroda_i_mejtnicheskikh_otnosheniy_v_kr.pdf>

Wenig überraschend – Präsidentschaftswahlen in Tadschikistan

Am 6. November 2013 fanden in Tadschikistan Präsidentschaftswahlen statt. Das Ergebnis war so vorhersehbar, dass es selbst Medien der Region, geschweige denn europäischen nur eine kurz Meldung wert war: Amtsinhaber Emomali Rachmon (61) wurde mit 84,3 % der Stimmen wiedergewählt. Die Urteile der internationalen Wahlbeobachter waren ebenfalls keine Überraschung: Die der GUS bewerteten beobachtete Unregelmäßigkeiten als technisch, ohne Einfluss auf das Ergebnis, und lobten die Wahlen als Votum für Stabilität und Schritt zur weiteren Demokratisierung. Die Mission von ODIHR und EU-Parlament sah dagegen schwere Mängel bei praktisch allen Schritten des Wahlablaufs und beklagte vor allem das Fehlen echter Gegenkandidaten.

Dabei hatte es im Sommer noch ganz anders ausgesehen. Oppositionelle Kräfte – Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT), Sozialdemokraten, Vertreter gesellschaftlicher Gruppierungen und einige Prominente – hatten sich zum Bündnis der »Vereinten Reformkräfte Tadschikistans« zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Wahlplattform und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Anfang September nominierten sie zur allgemeinen Überraschung die parteilose, säkulare Menschenrechtlerin Oinichol Bobonasarowa. Die 65jährige Juristin und Vorsitzende einer NGO, die sich für die Rechte von Häftlingen, Arbeitsmigranten und Frauen einsetzt und hohes Ansehen genießt, ist schon seit den 1980er Jahren politisch aktiv. Sie war während des Bürgerkrieges wegen ihrer Zugehörigkeit zur Opposition einige Monate verhaftet und hat später für internationale Organisationen (OSZE, OSI) gearbeitet. Ihr Wahlprogramm sollte u. a. die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten wieder auf fünf Jahre und maximal zwei Amtsperioden, die Beschneidung seiner Machtfülle und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen beinhalten.

Obwohl die Wahlkommission die recht kurz bemessene Frist verlängerte, gelang es Bobonasarowas Helfern nicht, die für die offizielle Registrierung als Kandidatin erforderlichen 210.000 Unterschriften (5 % der Wahlberechtigten) von Unterstützern zu sammeln, ihr fehlten ca. 8.000 Signaturen. Damit war die erste Kandidatur einer Frau für das Amt des Präsidenten in Tadschikistan gescheitert. Bobonasarowa klagte, dass Menschen aus Angst vor Repressalien nicht unterschrieben hätten, außerdem seien die mehr als 1 Mio. Arbeitsmigranten, denen eher eine Rachmon-kritische Haltung nachgesagt wird, durch administrative Winkelzüge von der Beteiligung an der Unterschriftensammlung ausgeschlossen worden. Die Allianz der Oppositionsparteien rief daraufhin zu einem Boykott der Wahl auf.

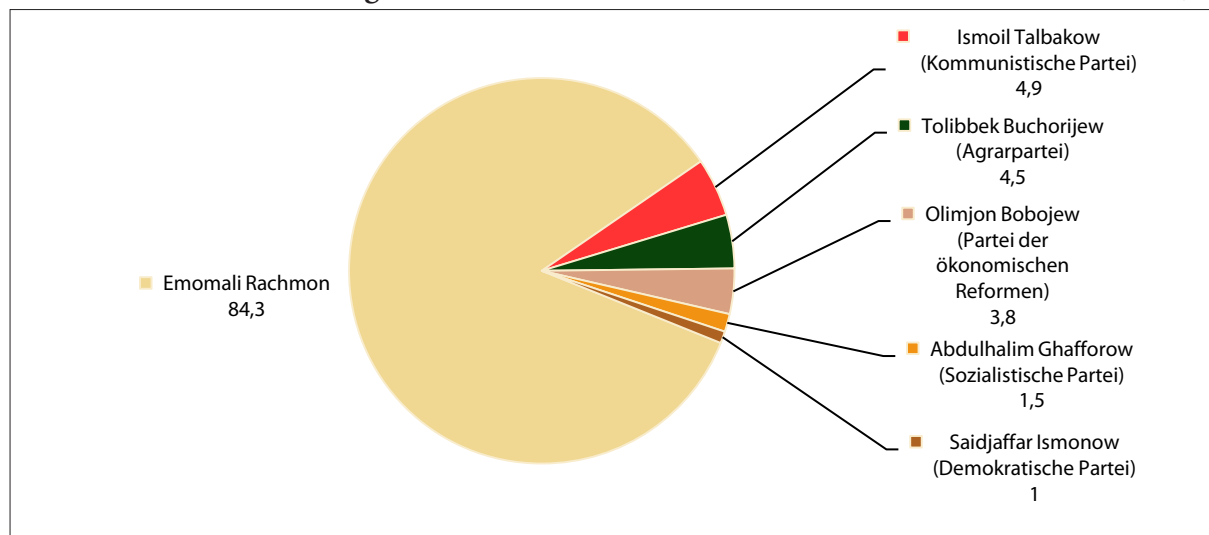
Neben Amtsinhaber Rachmon konnten jedoch fünf weitere Interessenten die erforderliche Zahl von Unterschriften auf sich vereinigen, allerdings handelte es sich eher um Zählkandidaten. Einige politische Herausforderer Rachmons waren schon im Vorfeld ausgeschaltet worden. Vor allem betrifft das Said Saidow. Der bekannte Geschäftsmann war im Frühjahr 2013 Initiator einer neuen Partei von Unternehmern und Intellektuellen, die zwar eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen für sich ausschloss, aber ankündigte eine echte Opposition bilden zu wollen. Die Partei wurde nicht registriert, Saidow im Mai wegen Korruption, Machtmissbrauch, Vergewaltigung und weiterer Vorwürfe verhaftet; das Gerichtsverfahren hinter verschlossenen Türen läuft noch. Rachmon konnte sich nur deshalb wieder um das höchste Staatsamt bewerben, weil im Jahr 2003 die Verfassung zu seinen Gunsten geändert wurde.

An dem nur vier Wochen dauernden Wahlkampf konnte der amtierende Präsident nach offizieller Darstellung nicht teilnehmen, weil ihm seine Amtspflichten keine Zeit dafür ließen. Dennoch war er der einzige Kandidat, der im Stadtbild mit überlebensgroßen Postern sowie in allen Zeitungen und Fernsehkanälen ständig präsent war. Rachmon präsentierte sich während seiner von großem Medieninteresse begleiteten Besuche in der tiefen Provinz, zum Beispiel bei der Eröffnung von Schulen oder Kindergärten, als treusorgender, um das Wohlergehen seiner Untertanen besorgter Landesvater und Garant von Frieden und Stabilität und blendete die bittere Realität – Energiemangel, Korruption und Arbeitsmigration aufgrund fehlender Arbeitsplätze – komplett aus. Er wurde darin unterstützt von seinen Gegenkandidaten, die bei ihren wenigen öffentlichen Auftritten die Verdienste des Amtsinhabers lobten und nicht ihre eigenen Fähigkeiten. Sie wiesen sogar ODIHR-Kritik, dass sie während des Wahlkampfs in Medien etc. benachteiligt gewesen seien, zurück.

Bei so viel Vorsorge war die Wiederwahl keine Frage, wobei Rachmon auch ohne oder mit weniger Präventivmaßnahmen im Amt bestätigt worden wäre, allerdings mit weniger beeindruckendem Ergebnis. Am 16. November fand die feierliche Amtseinführung statt, 21 Jahren Amtsjahren werden voraussichtlich sieben weitere folgen. Große Überraschungen sind derzeit nicht zu erwarten. Doch wird der 2014 bevorstehende Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan die Führung Tadschikistans mit Sicherheit vor neue Herausforderungen stellen.

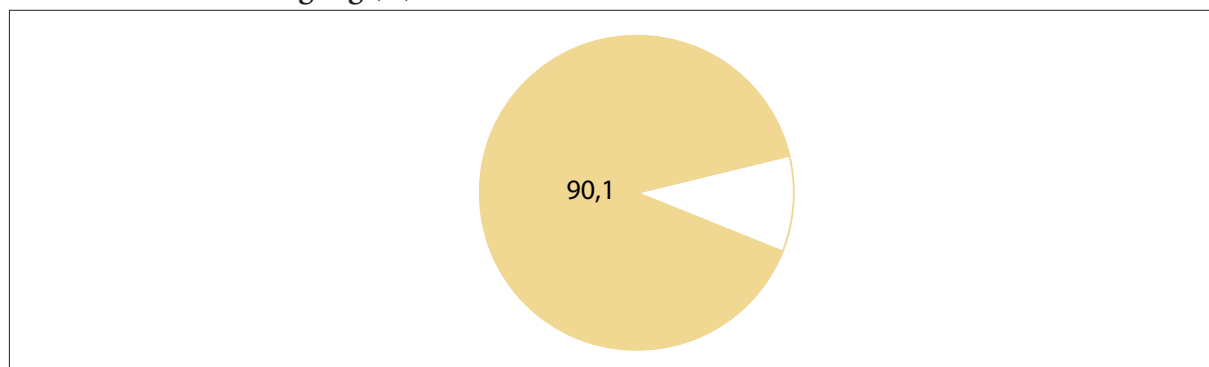
Das offizielle Wahlergebnis

Grafik 1: Offizielle Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Tadschikistan, 6.11.2013 (%)



Quelle: Asia-Plus unter Berufung auf die Zentrale Wahlkommission, <<http://news.tj/en/news/ccer-announces-final-results-2013-presidential-election-tajikistan>>

Grafik 2: Wahlbeteiligung (%)



Quelle: Asia-Plus unter Berufung auf die Zentrale Wahlkommission, <<http://news.tj/en/news/ccer-announces-final-results-2013-presidential-election-tajikistan>>

Tabelle 1: Offizielle Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Tadschikistan, 6.11.2013

	Stimmen (in Tausend)	Stimmenanteil in Prozent
Emomali Rachmon	3.157	84,3
Ismoil Talbakow (Kommunistische Partei)	185	4,9
Tolibbek Buchorijew (Agrarpartei)	168	4,5
Olimjon Bobojew (Partei der ökonomischen Reformen)	143	3,8
Abdulhalim Ghafforow (Sozialistische Partei)	56	1,5
Saidjaffar Ismonow (Demokratische Partei)	39	1

Quelle: Asia-Plus unter Berufung auf die Zentrale Wahlkommission, <<http://news.tj/en/news/ccer-announces-final-results-2013-presidential-election-tajikistan>>

Emomali Scharifowitsch Rachmon. Politischer Lebenslauf

5. Oktober 1952	geboren in Dangara, Gebiet Kuljab
1982	Studienabschluss in Wirtschaftswissenschaften, Tadschikische Staatliche Universität, Duschanbe
1988–1992	Kolchosdirektor im Bezirk Dangara
20.11.1992	vom Obersten Sowjet zu dessen Vorsitzendem gewählt
6.11.1994	Wahl zum Staatspräsidenten (58,7 % der Wählerstimmen, ein Gegenkandidat)
6.11.1999	Wiederwahl zum Staatspräsidenten (96,9 % der Stimmen, ein Gegenkandidat)
5.11.2006	Wiederwahl zum Staatspräsidenten (79,3 %, vier Gegenkandidaten)
26.3.2007	offizielle Änderung seines Namens von Rachmonow in Rachmon
6.11.2013	Wiederwahl zum Staatspräsidenten (84,3 % der Stimmen, fünf Gegenkandidaten)

Zusammengestellt von Beate Eschment

Stimmen zur Wahl

OSZE PA, OSZE/ODIHR, European Parliament

Internationale Wahlbeobachtungsmission, Republik Tadschikistan, Präsidentschaftswahl,
6. November 2013

Bericht über vorläufige Erkenntnisse und Ergebnisse

Duschanbe, 7. November 2013

<<http://www.osce.org/odihr/elections/107944>>

[...]

Vorläufige Ergebnisse

Die Präsidentschaftswahlen vom 6. November in Tadschikistan liefen friedlich ab, aber die restriktiven Bedingungen für die Registrierung der Kandidaten führten zu einem Fehlen echter Wahlmöglichkeiten und von Pluralismus im eigentlichen Sinne. Der Wahlkampf war formalistisch und schränkte die Möglichkeit der Wähler zu einer fundierten Entscheidung zu kommen ein. Die umfangreiche positive Berichterstattung der Staatsmedien über die offiziellen Aktivitäten des amtierenden Präsidenten verschaffte ihm einen bedeutenden Vorteil. In einem positiven Schritt ergriff die Zentrale Wahlkommission Maßnahmen, um die Transparenz und Effizienz der Wahlverwaltung zu verbessern. Am Wahltag wurden bedeutende Mängel festgestellt, einschließlich weitverbreiteten Proxy Votings (Stellvertreterstimmabgabe), Gruppenstimmabgabe und Anzeichen von ballot box stuffing.¹

Die Präsidentschaftswahlen wurden im Prinzip innerhalb der gleichen juristischen Rahmenbedingungen wie die Präsidentschaftswahlen von 2006 durchgeführt, trotz früherer Empfehlungen von OSZE/ODIHR, die auf eine Verbesserung der Gesetzgebung zielten. [...] Der rechtliche Rahmen muss bedeutend verbessert werden, wenn er eine solide Grundlage für die Durchführung demokratischer Wahlen sein soll.

[...]

Für die Wahl wurden einschließlich des amtierenden Präsidenten sechs Kandidaten registriert. Das Gesetz erlaubt keine selbstnominierten unabhängigen Kandidaten, was nicht den OSZE-Verpflichtungen entspricht. Eine Nominierende, der es nicht gelang die erforderliche Zahl von Unterschriften von Unterstützern zu sammeln, war bei der Unterschriftensammlung mit administrativen Hürden konfrontiert und gab an, dass einige Wähler aus Angst vor Repressalien

¹ Eine oder mehrere Personen »stopfen« illegalerweise einen ganzen Stapel von Wahlzetteln in die Urne.

durch die Regierung ihre Kandidatur nicht mit ihrer Unterschrift unterstützt hätten. Die Aufforderung an die lokalen Behörden, die Formblätter für die Unterschriftensammlung zu zertifizieren, hat effektiv die Arbeitsmigranten um ihr Recht auf Unterschrift zur Unterstützung ihres Kandidaten gebracht. Restriktive Bedingungen für die Kandidatur wie auch die unverhältnismäßig hohe Zahl der geforderten Unterschriften stellen bedeutende Hürden dar, die nicht mit den OSZE-Verpflichtungen und weiteren internationalen Standards für demokratische Wahlen übereinstimmen.

Der Wahlkampf war weitgehend unsichtbar und hat trotz der Versuche der Regierung, öffentliche Aufmerksamkeit zu fördern, offenbar nur begrenztes Interesse geweckt. Der amtierende Präsident machte von hohem publizistischem Aufwand begleitete Besuche im ganzen Land. Die Behörden trafen keine Maßnahmen gegen den Missbrauch administrativer Ressourcen und die Unterscheidung zwischen Staat und politischen Parteien war oft verwischt, was im Widerspruch zu Paragraph 5.4 des Kopenhagener Dokuments von 1990 steht. [...] Die meisten Kandidaten brachten keine dem amtierenden Präsidenten widersprechenden Ansichten zum Ausdruck.
[...]

Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Beate Eschment

Lebedjew: Wir haben die politischen Kämpfe der 90er Jahre reichlich satt

Nachrichtenportal Asia-Plus

<<http://news.tj/ru/node/176152>>

Von Sarina Ergaschewa

Die GUS-Mission hat sich zufrieden mit dem Verlauf der Präsidentschaftswahlen in Tadschikistan gezeigt und keine substantiellen Unregelmäßigkeiten festgestellt, welche sich auf die Abstimmung ausgewirkt hätten. Dies erklärte der Leiter der GUS-Beobachtermission, Sergej Lebedjew, heute vor Journalisten.

»Stellvertretend für alle Teilnehmerstaaten der Beobachtermission, möchte ich zum Ausdruck bringen, dass diese Wahlen im Vergleich mit den letzten erheblich besser organisiert waren und dass die Gesetzgebung Tadschikistans die Möglichkeit zur Durchführung freier und demokratischer Abstimmungen bietet«, unterstrich Lebedjew.

Die GUS-Mission konstatiert, dass die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen die tatsächlichen Präferenzen der Bevölkerung des Landes und die gesellschaftliche und politische Atmosphäre in Tadschikistan widerspiegeln.

Dabei stellt die Mission heraus, dass einige Normen der Wahlgesetzgebung nicht ausreichend klar formuliert sind, so beispielsweise die Rechte und Pflichten der Beobachter und das Verfahren bei vorgezogenen Wahlen. »Doch im Großen und Ganzen ist das das Recht jedes einzelnen Staates. Diese Empfehlungen sind wohlwollenden Charakters«, sagte Lebedjew.

[...]

In Bezug auf die Kandidatur der oppositionellen Präsidentschaftskandidatin Oinichol Bobonasarowa, die nicht die ausreichende Zahl von Unterschriften für eine Wahlteilnahme hatte aufbringen können und deshalb aus dem Wahlkampf ausgeschieden war, hob Lebedjew hervor, dass »alle Präsidentschaftskandidaten im Laufe der Gespräche mit der GUS-Mission ihr Bedauern darüber ausgedrückt hätten, dass Bobonasarowa nicht an den Wahlen teilnehmen konnte.«

[...]

Lebedjew unterstrich, dass das Ausscheiden einer der Kandidaten aus dem Wahlkampf keinerlei Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung gehabt habe, und dass abgesehen davon, »die Abstimmung Alternativen zuließ« und allen Kandidaten das Recht eingeräumt wurde, sich sowohl mit Wählern zu treffen als auch ihren Wahlkampf frei durchzuführen.

Der Leiter der GUS-Mission drückte sein Befremden über Behauptungen in der tadschikischen Presse aus, wonach die GUS-Mission (wie auch die der SCO) ähnlich wie in früheren Jahren ausschließlich positive Folgerungen aus den Wahlen in Tadschikistan ziehe. »Ich denke, wenn die die Wahlen offen und demokratisch sind, dann sind wir verpflichtet, solche Schlüsse zu ziehen, und dahinter steckt nichts Merkwürdiges. Wir glauben, dass unsere Bewertungen objektiver Natur sind«, unterstrich der Leiter der GUS-Beobachtermission.

»Viele sagen, dass es keinen politischen Kampf gibt. Ich sage ganz deutlich: Wir haben die politischen Kämpfe der 90er Jahre reichlich satt. Wir sind für Stabilität! Und das Volk wählt entsprechend, das haben diese Wahlen gezeigt.

Diese Abstimmung hat unsere Vorwärtsbewegung auf dem Weg zu Demokratie, Entwicklung und Fortschritt bekräftigt«, erklärte Lebedjew.

[...]

»Ich hoffe, dass das Leben der Bürger Tadschikistans nach den Wahlen glücklich und gedeihlich sei. Dass das friedliche Tadschikistan sich auf dem Wege des Fortschritts und Erblühens bewegt«, mit diesen Worten beendete Lebedjew die Pressekonferenz.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Vom 19. Oktober bis 22. November 2013

Kasachstan

21.10.2013	Der im August wegen tödlicher Schüsse auf eine Studentin zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Mitarbeiter des Obersten Gerichts Darchan Aldijarow wird unter Anrechnung der bereits verbüßten Untersuchungshaft freigelassen.
21.10.2013	Der stellvertretende Transportminister Asat Bekturow eröffnet den modernisierten Flughafen von Koksche-tau (Gebiet Akmola).
22.10.2013	Präsident Nursultan Nasarbajew bespricht bei einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Vorbereitung des EurasEC-Gipfels in Minsk.
22.10.2013	Präsident Nasarbajew empfängt den bekannten amerikanischen Ökonomen Jeremy Rifkin zu Gesprächen über die Förderung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft in Kasachstan.
22.10.2013	Der stellvertretende Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes (KNB), Gosman Amrin, wird zum Vorsitzenden des Zollkomitees ernannt, sein Nachfolger beim KNB wird Marat Kolkobajew.
22.10.2013	KNB-Chef Nurgali Bilisbekow weist Informationen in einem YouTube-Video zurück, wonach sich kürzlich 150 Kasachstaner dem Kampf der Aufständischen in Syrien angeschlossen hätten.
22.10.2013	Amnesty International fordert die tschechischen Behörden auf, die Auslieferung der der Beteiligung am Fall Abjasow bezichtigten Tatjana Paraskewitsch an die Ukraine bzw. nach Russland abzulehnen und ihr politisches Asyl zu gewähren.
22.10.2013	Auf einer Pressekonferenz in Astana wird der Gewinner-Entwurf für die Gestaltung des EXPO-2017-Geländes in Astana des US-Architektenbüros Adrian Smith+Gordon Gill der Öffentlichkeit vorgestellt.
23.10.2013	Präsident Nasarbajew fordert während eines Arbeitsbesuchs im Gebiet Westkasachstan eine Verringerung der Abhängigkeit Kasachstans vom Rohstoffsektor.
23.10.2013	Präsident Nasarbajew bespricht in einem Telefonat mit seinem belarussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenko die Vorbereitung des EurasEC-Gipfels.
23.10.2013	Nach Angaben des Ministers für Wirtschaft und Budgetplanung, Jربولat Dosajew, sollen in den kommenden zwei Jahren 23.200 ha Land in die Stadt Almaty eingemeindet werden.
23.10.2013	Das Informationsministerium fordert mehrere TV- und Rundfunkanstalten ultimativ auf, mehr Programme auf Kasachisch zu senden.
24.10.2013	Präsident Nasarbajew hat während eines Treffens mit Kriegsveteranen in Uralsk Gerüchte über seinen schlechten Gesundheitszustand zurückgewiesen, meldet Interfax Kasachstan.
24.10.2013	Präsident Nasarbajew reist zu den Treffen der EurasEC und der GUS-Staatschefs nach Minsk. Im Rahmen des EurasEC-Gipfels gibt er bekannt, dass ihn der türkische Präsident Abdullah Gül um eine Aufnahme in der Zollunion gebeten habe.
24.10.2013	Magsum Mirsalijew wird zum stellvertretenden Öl- und Gasminister ernannt.
24.10.2013	Die Leiterin der Organisation Bürgerallianz Kasachstans in Almaty, Sauleta Tolganbajewa, fordert die Staatsanwaltschaft auf, die Aktivitäten der deutschen Expertin für Ökotourismus Dagmar Schreiber im Rahmen der Initiative »Kok-Schailau retten!« juristisch zu überprüfen. Die Gruppe kämpft gegen die Einrichtung eines Skigebietes mitten in einem Nationalpark nahe Almaty.
25.10.2013	Premierminister Serik Achmetow kritisiert bei einem Arbeitsbesuch im Gebiet Almaty den zu geringen Einsatz neuer energiesparender Technologien beim Bau von vier neuen Satellitenstädten bei Almaty.
26.10.2013	Präsident Nasarbajew empfängt den Direktor der Akademie der Wissenschaften, Murat Schurinow, zu Gesprächen über die Wissenschaftsförderung.
30.10.2013	Präsident Nasarbajew erörtert mit Transportminister Askar Schumagalijew den Ausbau und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur.
30.10.2013	Generalstaatsanwalt Aschat Daulbajew bespricht mit dem US-amerikanischen Interim-Chargé d'Affaires John Ordway die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus.
31.10.2013	Der Senat verabschiedet das Gesetz über ein Abkommen zur Bereitstellung kostenloser technischer Militärhilfe für Tadschikistan.

31.10.2013	Verteidigungsminister Adilbek Schaksybekow führt während eines offiziellen Besuches in London mit seinem britischen Amtskollegen Philip Hammond Gespräche über die militärische Zusammenarbeit.
31.10.2013	Interfax Kasachstan meldet unter Berufung auf den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Iogan Merkel, dass Polizeibeamte künftig Festgenommene über ihre Rechte aufklären müssen.
1.11.2013	Der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow, appelliert an die Gouverneure, Hochschulabsolventen einzustellen. Von 250.000 Absolventen fanden in Almaty zuletzt nur 8.000 eine Anstellung.
1.11.2013	Nach dem Wohlstandsranking des Legatum Institutes (Legatum Prosperity Index 2013) belegt Kasachstan unter 142 Staaten den 42. Rang und liegt im Vergleich der GUS-Staaten an erster Stelle.
3.11.2013	In den Vereinigten Arabischen Emiraten werden 12 Kasachstaner festgenommen, die ein Studium an einer religiösen Hochschule aufnehmen wollten. Über die Hintergründe der Festnahme wird nichts bekannt.
4.11.2013	Präsident Nasarbajew fordert bei einer Sitzung der Präsidentialadministration die Regierung zur strikten Durchsetzung der von ihm gesetzten Ziele bei der Entwicklung des Landes auf.
5.11.2013	Premierminister Achmetow kritisiert während einer Regierungssitzung mehrere Vize-Minister seiner Regierung scharf für ihre ineffektive Nutzung von Haushaltsgeldern.
6.11.2013	Außenminister Jerlan Idrisow kündigt in einer Rede die Verstärkung der diplomatischen Beziehungen nach Afrika und Lateinamerika an und hebt die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Iran hervor.
6.11.2013	Finanzminister Bolat Schamischew wird Minister für regionale Entwicklung, sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Präsidentialadministration Bachyt Sultanow.
6.11.2013	Es wird bekannt, dass der kasachische Dissident Aron Atabek, über dessen Verbleib mehrere Wochen lang Unklarheit herrschte, in eine Strafanstalt im Gebiet Karaganda verlegt worden ist.
7.11.2013	Eine Delegation unter Leitung des Kommandierenden der Seestreitkräfte Kasachstans, Schandarbek Schansakow, trifft zu Gesprächen über die militärische Zusammenarbeit in Iran ein.
7.11.2013	Der Bürgermeister von Almaty, Jesimow, fordert bei einem Treffen mit Behördenvertretern eine Modernisierung der Basare der Stadt.
7.11.2013	Der Angeklagte im Prozess um den Mordfall im Ile-Alatau-Nationalpark im August vergangenen Jahres, Sajan Chairow, wird zu elf Jahren Gefängnis verurteilt.
8.11.2013	Vertreter eines Instituts für gesellschaftliche Analysen im Gebiet Ostkasachstan weisen darauf hin, dass der Gegenwert des Warenkorb für den Durchschnittsverbraucher in Kasachstan dem des Tschad entspricht.
8.11.2013	Die Auslieferung des Leibwächters von Ex-BTA Bank-Chef Mughtar Abljasow, Aleksandr Pawlow, aus Spanien nach Kasachstan wird wahrscheinlich, nachdem das Oberste Gericht eine Revision abgelehnt hat.
8.11.2013	Zwei ehemalige Polizeibeamte werden von einem Kreisgericht in Astrachan (Gebiet Akmola) wegen Folter zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.
11.11.2013	Im Rahmen eines Treffens zur regionalen Entwicklung in Jekaterinburg unterschreiben Präsident Nasarbajew und sein russischer Amtskollege Putin einen neuen Freundschaftsvertrag.
11.11.2013	Vize-Premier Jerbol Orynabajew kündigt in Zusammenarbeit mit Microsoft und Hewlett-Packard die Einrichtung eines High-Tech-Forschungsparks an der Nazarbaev University an.
11.11.2013	In Ust-Kamenogorsk (Öskemen, Gebiet Ostkasachstan) wird der Grundstein für neues Autowerk gelegt. Nach der Fertigstellung sollen dort jährlich bis zu 120.000 Fahrzeuge der Marken Lada und Renault vom Band laufen.
11.11.2013	Informationsminister Mughtar Kul-Muhammed kündigt an, dass im Fernsehen zukünftig die beliebten türkischen und koreanischen Seifenopern durch kasachstanische Produktionen ersetzt werden sollen.
12.11.2013	Präsident Nasarbajew empfängt den Präsidenten des Schweizer Ständerats, Filippo Lombardi, zu Gesprächen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit.
12.11.2013	Der stellvertretende Gesundheitsminister Erik Baischusunow beklagt während eines Briefings, dass vor allem in ländlichen Gebieten rund 6.000 Ärzte fehlen.
12.11.2013	Ein Gericht in der Stadt Aktobe verurteilt 23 Personen, die vor einem Gefängnis gegen die Haftbedingungen demonstriert hatten, zu Haft- und Geldstrafen.
13.11.2013	Der kanadische Außenminister John Baird trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Astana ein.
13.11.2013	Verteidigungsminister Schaksybekow trifft im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Washington seinen US-Amtskollegen Charles Hagel zu Gesprächen über die bilaterale militärische Zusammenarbeit.

13.11.2013	Die Ölförderung in Kaschagan kann erst im Dezember wieder aufgenommen werden, erklärt Öl- und Gasminister Usakbaj Karabalin. Sie war kurz nach dem lang erwarteten Beginn der Förderung im August im September wegen technischer Probleme wieder eingestellt worden.
14.11.2013	Nach Aussagen des maltesischen Premierministers Joseph Muscat kann der in Kasachstan juristisch verfolgte Ex-Schwiegersohn Präsident Nasarbajew, Rachat Schoras (früher Alijew), nicht auf die Einbürgerung im Rahmen eines Investorenprogramms auf der Mittelmeerinsel hoffen.
14.11.2013	Die Ehefrau des am 7.11. zu elf Jahren Haft verurteilten Sajan Chairow, Schynar Bisenbajewa, fordert 20 Mio. Tenge (ca. 129.000 US-Dollar) Entschädigung von den Geheimdiensten für den Tod ihres Sohnes. Das Kind war während der Gefangennahme Chairows getötet worden.
14.11.2013	Eine staatliche Agentur für Verbraucherschutz nimmt ihre Arbeit auf.
15.11.2013	Ex-Nationalbank-Chef Grigorij Martschenko kündigt auf einer Konferenz indirekt die Einführung einer neuen 20.000-Tenge-Banknote an.
15.11.2013	Human Rights Watch kritisiert in einem Bericht den britischen Ex-Premier Tony Blair für seine seit 2006 bestehende Beratertätigkeit für die kasachstanische Führung, die ihm 25 Mio. US-Dollar eingebracht haben soll.
15.11.2013	In Astana findet ein Treffen der belarussisch-kasachstanischen Kommission für militärische Zusammenarbeit statt.
15.11.2013	Präsident Nasarbajew hat das Gesetz über ein Auslieferungsabkommen mit Italien unterschrieben, meldet Interfax Kasachstan.
16.11.2013	In der Nähe von Aktau (Gebiet Mangystau) kommt es zum Zusammenstoß eines Güterzugs mit einem Tanklaster. Der Helfer des Lokführers kommt ums Leben, der Lokführer selbst wird verletzt, mehrere der mit Erdöl gefüllten Kesselwaggons gehen in Flammen auf.
17.11.2013	Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate kommt es auf zwei Basaren der Baracholka in Almaty zu einem Großbrand, bei dem 3.500 m ² Verkaufs- und Lagerflächen vernichtet werden. Bürgermeister Jesimow fordert die Sicherheitskräfte auf, Plünderungen zu verhindern.
18.11.2013	Die Anwälte von Ex-BTA Bank-Chef Abljasow gehen in Revision gegen dessen drohende Abschiebung in die Ukraine ein, meldet RIA-Nowosti.
18.11.2013	Außenminister Idrisow trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Budapest ein, wo er u. a. mit dem ungarischen Premier Viktor Orban zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammentreffen wird.
19.11.2013	Im Rahmen einer Kabinettsitzung weist Premierminister Achmetow den Minister für regionale Entwicklung Schamischew an, die Dörfer im Radius von 30 km um Astana so umzugestalten, dass sie »dem Anblick der Hauptstadt« genügen. Zudem erklärt er, dass ländliche Siedlungen ohne Entwicklungspotential zukünftig keinerlei Haushaltsmittel erhalten werden.
19.11.2013	Ein Gericht in der Stadt Atyrau hat den 26jährigen Orynbasar Munatow wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, meldet RFE/RL.
20.11.2013	Premierminister Achmetow trifft in Petersburg zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zusammen.
20.11.2013	Der Wirtschaftsexperte Sabden Orasali äußert in einer Talkshow des Senders STW die Befürchtung, dass das Programm zur innovativen industriellen Entwicklung am niedrigen technischen Ausbildungsstand in Kasachstan scheitern werde.
21.11.2013	Der Schwager von Ex-BTA Bank-Chef Abljasow, Salim Schalabajew, wird vom Obersten Gericht in London wegen Missachtung gerichtlicher Entscheidungen zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt.
21.11.2013	Mehrere Medien berichten, dass den vor rund drei Wochen in Dubai festgenommenen zwölf Kasachstanern angesichts von Vorwürfen wegen Mordes, Finanzbetrugs und Gründung einer kriminellen Vereinigung die Todesstrafe drohe. Die Generalstaatsanwaltschaft dementiert, dass es sich bei den Betroffenen um diese Gruppe von Kasachstanern handelt.
21.11.2013	Präsident Nasarbajew beauftragt Nationalbank-Chef Kairat Kelimbetow, Maßnahmen zur Stabilisierung des Wechselkurses zu ergreifen.
22.11.2013	Mehrere der von der Brandkatastrophe am 17.11. betroffenen Basare in Almaty werden auf Gerichtsbeschluss und bisher ohne größeren Protest der betroffenen Händler geräumt, meldet Tengrinews.

Kirgistan

19.10.2013	Der stellvertretende südkoreanische Premierminister Hyun Oh-seok erklärt bei einem Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen Dschoormat Otorbajew in Bischkek die Bereitschaft seines Landes, Kirgistan mit Geld und Know How zu unterstützen.
21.10.2013	Akipress meldet, dass die US-amerikanischen Streitkräfte mit dem Abzug ihrer Truppen vom Luftwaffenstützpunkt Manas begonnen haben.
21.10.2013	Von der insgesamt 1.378 km langen Grenze zu Usbekistan müssen immer noch 58 Teilstücke mit einer Gesamtlänge von 371 km demarkiert und delimitiert werden, teilt der Sonderbeauftragte der Regierung für Grenzfragen, Beknasar Abduraimow, mit.
22.10.2013	Zum Abschluss eines zweitägigen globalen Forums zum Schutz des Schneeleoparden verabschieden die zwölf teilnehmenden Staaten der Region sowie Vertreter von UNDP, Weltbank, NABU und WWF eine gemeinsame Erklärung. Für die Implementierung eines Programms zum Schutz des Lebensraums des Schneeleoparden für die Jahre 2014–2020 sollen 190 Mio. US-Dollar bereitgestellt werden.
22.10.2013	Der Generaldirektor von Kirgizgaz, Turgunbek Kulmursajew, erklärt vor dem zuständigen Parlamentskomitee, dass die russische Gazprom die Schulden des Unternehmens gegenüber Kasachstan in Höhe von 13 Mio. US-Dollar übernimmt.
22.10.2013	Energieminister Osmonbek Artykbajew warnt auf einer Konferenz über nachhaltige Entwicklung, dass Kirgistans ökonomische Entwicklung durch Energiemangel bedroht sei, während die Potentiale für die Nutzung von Hydroenergie und Kohle bei weitem nicht ausgenutzt würden.
22.10.2013	In einem Interview mit der Zeitung MK-Asija beschuldigen die Angehörigen des im April 2013 unter dubiosen Umständen freigelassenen Schwerekriminellen Asis Batukajew den ehemaligen Ombudsmann Tursunbek Akun der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von mehr als 100.000 US-Dollar. Akun, der wegen der Freilassung seines Postens enthoben worden war, bestreitet dies.
23.10.2013	In Reaktion auf die Ausschreitungen im Moskauer Vorort Birjulewo am 15.10. äußert sich das Außenministerium besorgt über die Situation kirgisischer Arbeitsmigranten in Moskau.
23.10.2013	Der Chef der Bezirksverwaltung von Ala-Buka (Gebiet Dschalalabad) beschuldigt gegenüber dem stellvertretenden Premier Tokon Mamytow Ex-Präsidentin Rosa Otunbajewa der Urhebererschaft der aktuellen zwischenstaatlichen Spannungen am Wasserreservoir Kasansai. Sie habe nach den gewalttätigen Ereignissen im Juni 2010 erlaubt, dass sich in dem zwischen Usbekistan und Kirgistan umstrittenen Gebiet Usbeken niederlassen durften.
23.10.2013	Das Parlament lehnt das Memorandum of Understanding (MoU) der Regierung mit Centerra Ltd. über Kumtor mit 84 zu 2 Stimmen ab, daraufhin bricht der Kurs der Centerra-Aktie um 23 % ein.
24.10.2013	Tadschikische Grenzer unternehmen auf einem zwischen Kirgistan und Tadschikistan umstrittenen Landstück im Bezirk Leilek (Gebiet Batken) Schritte, um die dort wegen des ungeklärten Status ruhende Erdölforderung wieder aufzunehmen. Nach heftigem kirgisischem Protest ziehen sie sich wieder zurück.
24.10.2013	Der Rat der Außenminister der GUS-Staaten beschließt auf seiner Sitzung in Minsk, Osch 2014 zu einer der Kulturhauptstädte der Gemeinschaft zu machen.
25.10.2013	RIA Nowosti berichtet, dass die Mitgliedsstaaten der Zollunion sich während des EurasEC-Gipfels in Minsk einmütig für den Beitritt Kirgistans (und Armeniens) ausgesprochen haben.
25.10.2013	Nach Angaben der Nationalbank sind die Rücküberweisungen von kirgisischen Arbeitsmigranten in Russland in den ersten acht Monaten 2013 nochmals um 13,2 % auf 1,43 Mrd. US-Dollar gestiegen.
25.10.2013	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass der ehemalige Finanzminister Bolot Abildajew sowie Umwelt- und Notstandsminister Temirbek Akmatalijew unter Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit den Kumtor-Verträgen von 2003 festgenommen wurden.
26.10.2013	Bei einer Feier zum 10. Jahrestag der russischen Luftwaffenbasis in Kant kündigt deren Kommandeur Viktor Sewostjanow an, dass zum Jahresende die Zahl der stationierten Flugzeuge erhöht wird.
28.10.2013	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet ein Untersuchungsverfahren gegen den ehemaligen Justizminister Kurmanbek Osmonow wegen Bestechlichkeit im Zusammenhang mit den Kumtor-Verträgen von 2003 ein.
28.10.2013	Wladimir Kulischow, der Chef des russischen Grenzschutzes und sein kirgisischer Kollege Raimberdi Duischenbijew vereinbaren bei einem Treffen in Bischkek eine engere Zusammenarbeit u. a. bei der Ausbildung von Grenzern und kündigen eine Überprüfung des Vertrages über Grenzfragen von 1999 an.

29.10.2013	Eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates trifft in Bischkek zu Gesprächen mit Parlamentssprecher Asylbek Dschejenbekow und den Vorsitzenden der Fraktionen über den angestrebten Status Kirgistans als Partner For Democracy ein.
29.10.2013	Nach Angaben von Arbeitsminister Aljasbek Alimkulow beträgt die Arbeitslosenrate zurzeit 8,5 %.
30.10.2013	Ein Gericht in Bischkek bestätigt das Einreiseverbot für den in Bischkek lebenden russischen Politologen Aleksandr Knjasjew vom 1.5.2013, weil er die Ehre des kirgisischen Volkes verletzende Artikel veröffentlicht habe.
30.10.2013	Vizepremier Otorbajew erklärt in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Tazabek, dass Kirgistan 2015 u. a. wegen der Schließung von Manas ein Haushaltsdefizit von geschätzt 100 Mio. US-Dollar erwarte, das man durch höhere Einnahmen aus Kumtor und die Inbetriebnahme der Ö raffinerie in Kara-Balta zu kompensieren hoffe.
30.10.2013	Der Bürgermeister von Osch, Melis Mirsakmatow, erklärt gegenüber einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), dass es keinerlei Probleme in den zwischenethnischen Beziehungen zwischen Kirgisen und Usbeken gebe.
31.10.2013	Laut internationalem Schiedsspruch muss Kirgistan den ehemaligen Aktionären der AsijaUniversalBank, Michael Nadel und der Ithaca Holding Inc., eine Kompensation von 281.000 US-Dollar für die 2012 erfolgte Nationalisierung ihrer Anteile zahlen.
1.11.2013	In Ala-Artscha findet die 4. Sitzung des zwischenstaatlichen Rats Kirgistan-Kasachstan statt. Unter Leitung der Premierminister beider Staaten, Dschantoro Satybaldijew und Serik Achmetow, wird vor allem über Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit gesprochen und mehrere Vereinbarungen unterzeichnet.
1.11.2013	Die stellvertretenden Parlamentssprecherin Tscholpon Sultanbekowa hält sich seit dem 26.10. mit einer Gruppe von Abgeordneten zu offiziellen Gesprächen in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf.
4.11.2013	Vor der russischen Botschaft in Bischkek und dem Generalkonsulat in Osch finden in Reaktion auf fremdenfeindliche Demonstrationen in mehreren russischen Städten Kundgebungen gegen Nationalismus und Rassismus statt.
4.11.2013	Vor dem Weißen Haus in Bischkek findet eine Kundgebung von Müttern von Rekruten statt. Nach offiziellen Angaben sind 2013 bislang 21 Wehrdienstleistende zu Tode gekommen, v.a. durch Selbstmord.
4.11.2013	In Osch beginnt ein dreitägiges kirgisisch-usbekisches Treffen über Fragen der Delimitation und Demarkation strittiger Abschnitte der gemeinsamen Grenze.
8.11.2013	In Bischkek beginnt das Media-Forum der turksprachigen Staaten und Gemeinschaften.
9.11.2013	Die dreitägigen Gespräche mit Vertretern der kanadischen Centerra Gold Inc. über Kumtor seien in einer angespannten Atmosphäre verlaufen, sagt Justizminister Almambet Schikmamatow. Der Vorsitzende des Unternehmens, Stephen Land, hätte erklärt, dass die vom kirgisischen Parlament geforderten 67 % der Anteile für den kirgisischen Staat absolut unannehmbar seien.
9.11.2013	Bei einem bewaffneten Überfall auf ein am Flughafen Osch parkendes Auto erbeuten die vier Täter 4,5 Mio. US-Dollar. Der Besitzer kann einen Täter festhalten, die drei übrigen flüchten mit dem größten Teil des Geldes.
12.11.2013	Bei dem Versuch einer Festnahme wegen Baumwollschmuggel in dem Dorf Warigan (Gebiet Batken) nahe der usbekischen Grenze, flieht der Verdächtige auf usbekisches Staatsgebiet, bei der folgenden Auseinandersetzung fallen Schüsse, ein Grenzer wird verletzt.
12.11.2013	Parlamentssprecher Dschejenbekow empfängt Delegationen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Nato zu einem Gespräch über die Zukunft Afghanistans.
13.11.2013	Der stellvertretende Energieminister Aibek Kalijew erklärt auf einer Pressekonferenz, dass Kirgistan 55 Mio. US-Dollar für die Umsetzung des CASA-1000 Projektes fehlen. Ziel des Projektes ist die Schaffung eines zusammenhängenden überregionalen Stromnetzes zwischen Zentral- und Südasien.
13.11.2013	Das UN-Komitee gegen Folter berät über den Bericht Kirgistans und eine entsprechende Erklärung des im Gefängnis sitzenden Menschenrechtlers Asimschan Askarow.
13.11.2013	Der bekannte Rechtsanwalt Ikramidin Aitkulow wird am Abend vor seinem Haus überfallen und zusammengeschlagen. Da außer seinem Handy weder Geld noch Wertsachen gestohlen wurden, wird ein Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit nicht ausgeschlossen. Aitkulow war u. a. Verteidiger des Ata-Dschurt Vorsitzenden Kamtschibek Taschijew.
14.11.2013	Im Ausbildungszentrum Ala-Too des Verteidigungsministeriums werden in Anwesenheit von Vizepremier Tokon Mamytow nicht mehr benötigte Munition und Waffen zerstört. Die Aktion findet mit Unterstützung der OSZE und mehrerer westlicher Staaten statt.

14.11.2013	Das Außenministerium überstellt der US-Botschaft die Aufforderung, bis zum 11.7.2014 den Luftwaffenstützpunkt Manas zu räumen.
15.11.2013	Energieminister Osmonbek Artykbajew erörtert mit dem Direktor der staatlichen iranischen Energiegesellschaft TAVANIR, Homayun Ha'eri, in Bischkek Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und iranischer Investitionen im Bereich der Wasserenergie.
15.11.2013	Bei einem Treffen russischer und kirgisischer Parlamentarier in Bischkek rät der Vorsitzende des Dumakomitees für GUS-Angelegenheiten, Leonid Slutskij, Kirgistan, seinen »finanziellen Appetit« zu mäßigen und nicht auch noch Geld zur Erleichterung des Beitritts in die Zollunion zu fordern.
15.11.2013	Die stellvertretende Parlamentssprecherin Asija Sasykbajewa schließt eine Rückkehr US-amerikanischer Truppen nach Kirgistan im Falle einer wesentlichen Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan nicht aus.
19.11.2013	Präsident Atambajew trifft in Seoul mit seiner südkoreanischen Amtskollegin Pak Kin Che zusammen. Im Rahmen des zweitägigen Staatsbesuches sind auch Treffen mit dem Chef der südkoreanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (KOICA) und mit Wirtschaftsvertretern vorgesehen.
19.11.2013	Die Eurasische Wirtschaftskommission bestätigt auf einer Sitzung in Moskau die Road Map für Kirgistans Beitritt zur Zollunion.
20.11.2013	Der ehemalige Parlamentssprecher und Abgeordnete von Ata-Dschurt Achmatbek Keldibekow wird vom Komitee für Nationale Sicherheit unter dem Vorwurf von Amtsmissbrauch und Korruption verhaftet. Sowohl in Osch wie in Bischkek versammeln sich daraufhin mehr als 100 Unterstützer und fordern seine Freilassung.
20.11.2013	Nach Angaben von Gesundheitsministerin Dinara Saginbajewa ist die durchschnittliche Lebenserwartung auf 70 Jahre angestiegen.
20.11.2013	FergananeWS.com berichtet, dass in der vergangenen Woche als Milizionäre verkleidete Männer in Osch einen jungen Mann entführt, gefoltert und von seiner Familie 5.000 US-Dollar Lösegeld gefordert hätten. Das Opfer befindet sich in lebensgefährlichem Zustand in einem Krankenhaus von Bischkek.
21.11.2013	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu und sein kirgisischer Amtskollege Tolobek Omuralijew unterzeichnen am Rande eines Treffens der GUS-Verteidigungsminister in Moskau den Plan für die militärische Zusammenarbeit 2014.
21.11.2013	Premier Satybaldijew und sein russischer Amtskollege Dmitrij Medwedjew erörtern bei einem Treffen in Petersburg Möglichkeiten der Verbesserung der Situation der kirgisischen Arbeitsmigranten.
21.11.2013	Eine kirgisische Delegation unter Führung von Außenminister Jerlan Abdyldajew nimmt in Brüssel am 12. Treffen des Kooperationsrates EU-Kirgistan teil.
21.11.2013	Das Parlament lehnt die am 5.9. unterzeichnete Vereinbarung mit der IDA (International Development Agency) über 25 Mio. US-Dollar Budgethilfe zur Implementierung der Strategie für nachhaltige Entwicklung ab.
22.11.2013	Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten der OSZE, Astrid Thors, erörtert bei einem Treffen mit Präsident Atambajew die Situation der nationalen Minderheiten Kirgistans.

Tadschikistan

21.10.2013	Während eines Treffens von Präsident Emomali Rachmon mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karsai in Duschanbe werden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtert und vier Kooperationsverträge unterzeichnet.
21.10.2013	Nach Angaben des Finanzministeriums liegen die Auslandsschulden im September bei 2,162 Mrd. US-Dollar, d.i. 25,7 % des BIP.
21.10.2013	Human Rights Watch fordert die tadschikische Führung auf, die Verfolgung und Unterdrückung der politischen Opposition einzustellen und Bedingungen für freie und faire Wahlen zu schaffen.
22.10.2013	Nach Angaben aus dem Außenministerium wurde Rasul Amonullo, der am 9.10. in Duschanbe einen Verkehrsunfall mit drei Toten und drei Schwerverletzten verursacht hatte, als er ohne Führerschein durch die Stadt raste, aus Deutschland nach Tadschikistan überstellt. Der Vater des 16jährigen und Chef der tadschikischen Eisenbahngesellschaft, Amonullo Hokujew, bestreitet jede Beteiligung seines Sohnes.
22.10.2013	Tadschikische Medien melden, dass der Minister für ökonomische Entwicklung und Handel, Scharif Rahimsoda, und eine Vertreterin der KfW einen Vertrag über 31,5 Mio. Euro Unterstützung für das tadschikische Gesundheitswesen unterzeichnet haben.
26.10.2013	In ländlichen Gebieten beginnt die Stromrationierung auf 18 Stunden am Tag.

29.10.2013	Erst durch eine Presseerklärung der tadschikischen Botschaft in Moskau wird bekannt, dass in der Nacht zum 26.10. ca. 20 russische gewalttätige Nationalisten während eines Halts des Zuges Moskau–Duschanbe in den Zug eindrangen, Passagiere schlugen und beschimpften und Fenster zerstörten, ohne dass das Zugpersonal oder benachrichtigte Sicherheitskräfte einschritten. Die russische Seite bestreitet, dass es sich um nationalistisch-extremistische Vorfälle handelt.
29.10.2013	Die Chefs des tadschikischen und russischen Migrationsdienstes, Safialo Dewonajew und Konstantin Romanowskij, unterzeichnen eine Vereinbarung, nach der tadschikische Arbeitsmigranten statt des bisher einjährigen nun ein dreijähriges Arbeitsvisum bekommen können.
29.10.2013	Nach Angaben von Asia-Plus wurden in diesem Jahr 380.000 t Baumwolle geerntet, was 94 % des Produktionsziels entspricht.
29.10.2013	Ein Sprecher des Präsidenten bestätigt Presseberichte, nach denen Tadschiken im syrischen Bürgerkrieg auf Oppositionsseite kämpfen sollen. Der syrische Großmufti Ahmad Badr Al-Din Hassoun hatte zwei Tage zuvor von 190 tadschikischen Kämpfern gesprochen.
29.10.2013	Der Bürgermeister von Duschanbe, Mahmadsaid Ubaidullojew, bewertet Nachtclubs als jugendgefährdend und ordnet ihre schärfere Kontrolle an.
30.10.2013	Die Chefs der tadschikischen, russischen und afghanischen Grenztruppen unterzeichnen am afghanischen Grenzkontrollpunkt Scherchan Bandar ein Protokoll über eine Intensivierung der Zusammenarbeit.
31.10.2013	Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung ist das Handelsvolumen mit GUS-Staaten in den ersten neun Monaten 2013 gegenüber dem Vorjahr erheblich gesunken.
1.11.2013	Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschließt einen Boykott der Präsidentenwahlen.
1.11.2013	Nach Angaben der russischen Zentralbank wurden in den ersten sechs Monaten 2013 1,685 Mrd. US-Dollar von Arbeitsmigranten aus Russland nach Tadschikistan überwiesen.
4.11.2013	Außenminister Hamrochon Zarifi empfängt den GUS Exekutiv-Sekretär und Chef der GUS-Wahlbeobachtungsmission Sergej Lebedjew und versichert ihm, dass die bevorstehende Präsidentenwahl frei and fair ablaufen werde.
6.11.2013	Die Präsidentschaftswahlen laufen im ganzen Land friedlich und mit einer hohen Wahlbeteiligung ab.
7.11.2013	Nach den vorläufigen Wahlergebnissen hat Präsident Rachmon die Wahlen mit 83,6 % der Stimmen gewonnen, die Wahlbeteiligung lag bei 86,6 %.
7.11.2013	Die Wahlbeobachtungsmission der OSZE kommt in einer ersten Einschätzung zu dem Ergebnis, dass die Wahlen zwar friedlich verlaufen seien, aber es keine wirkliche Wahlmöglichkeit gegeben habe.
7.11.2013	In Duschanbe finden Gespräche von Vertretern der Nationalbank mit dem Vorstandsmitglied der Commerzbank Christoph Metz über den Stand der Zusammenarbeit und ihre Intensivierung statt.
7.11.2013	Das Unterhaus des Parlamentes verabschiedet einstimmig ein Gesetz gegen organisierte Kriminalität.
10.11.2013	Am Abend wird das Dorf Andigan, Bezirk Wachdat, nahe Duschanbe durch ein Erdbeben der Stärke 5 erschüttert und viele Häuser zerstört. Am Morgen war bereits ein Beben der Stärke 4 in Duschanbe spürbar gewesen.
12.11.2013	Mehrere Nachrichtenagenturen melden, dass der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu vor einigen Tagen erklärt habe, die russische Militärbasis in Tadschikistan werde mit dem Moment des Abzugs der ISAF-Truppen aus Afghanistan erheblich aufgestockt.
14.11.2013	Die Partei der Islamischen Wiedergeburt erklärt, dass die Präsidentenwahlen undemokratisch und intransparent waren.
14.11.2013	Finanzminister Safarali Nadschmiddinow erörtert mit der Vertreterin der Weltbank in Tadschikistan, Marsha M. Olive, die Energiesituation und eine Machbarkeitsstudie für CASA-1000.
14.11.2013	Tadschikische Medien melden, dass die russische Regierung beschlossen habe, Tadschikistan zollfrei mit Brennstoffen zu beliefern, obwohl das entsprechende Abkommen noch nicht von der Duma ratifiziert ist.
16.11.2013	In einer im staatlichen Fernsehen übertragenen Rede anlässlich seiner offiziellen Amtseinführung verspricht der alte und neue Präsident Rachmon der Bevölkerung ein besseres Leben, eine Lösung des Energieproblems, eine Senkung der Armutsrate sowie eine weitere Demokratisierung.
18.11.2013	Tojiktransgaz meldet, dass der chinesische Pipelinebauer TransAsiaGaz eine Niederlassung in Duschanbe angemeldet hat und die Gründung eines Joint Ventures unmittelbar bevorstehe, das mit chinesischer Finanzierung den durch Tadschikistan führenden Teil der TAPI-Pipeline bauen werde.

18.11.2013	Das Ministerium für Energie und Industrie und die Edgo Energy Corp. unterzeichnen ein Partnerschaftsabkommen über die Exploration und Entwicklung der Erdölfelder von Surchsimo and Karordon im Süden Tadschikistans.
20.11.2013	Präsident Rachmon ernennt den bisherigen Chef der Grenztruppen, Scherali Mirso, zum neuen Verteidigungsminister. Sein Vorgänger Scherali Chajrullojew war 18 Jahre im Amt gewesen.
21.11.2013	Präsident Rachmon ernennt neue Minister für Arbeit und Migration (Sumangul Tagojewa), Kultur (Schamsiddin Orumbekow), Energie und Wasserressourcen (Usmonali Usmonow), Industrie und neue Technologien (Schawkat Bobojew). Justiz-, Landwirtschafts- und Gesundheitsminister werden im Amt bestätigt.

Turkmenistan

19.10.2013	Bei einer Konferenz im Tourismusressort Awasa sprechen sich mehrere in- und ausländische Experten für eine Verringerung der Abhängigkeit Turkmenistans von Erdgasexporten aus, meldet Chronika Turkmenistana.
22.10.2013	In Aschchabad hat Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow einen Roman über die Jugendjahre seines Vaters der Öffentlichkeit vorgestellt, meldet die amtliche Nachrichtenagentur TDCh.
23.10.2013	Ein Bericht auf Gundogar.org spekuliert über den stark angeschlagenen Gesundheitszustand von Präsident Berdymuchammedow seit seinem Sturz bei einem Pferderennen im April dieses Jahres.
24.10.2013	Bei einem Treffen des Ältestenrats Turkmenistans in Daschogus werden die Leistungen Präsident Berdymuchammedows bei der Entwicklung des Landes einmütig gewürdigt.
26.10.2013	Bei einer Kabinettsitzung gibt Vizepremier Annageldy Jasmuradow das diesjährige Ergebnis bei der Baumwollenernte mit rund 1 Mio. t an.
26.10.2013	Präsident Berdymuchammedow entlässt den Chef des Staatskonzerns Turkmenchimija, Mered Balakajew, wegen schlechter Arbeitsergebnisse.
26.10.2013	Wegen hoher Arbeitsbelastung wird Präsident Berdymuchammedow beim GUS-Gipfel in Minsk von Premierminister Annamuchammed Gotschijew vertreten.
26.10.2013	Anlässlich des 22. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes begnadigt Präsident Berdymuchammedow 1002 Häftlinge.
30.10.2013	Die im September in Warschau ausgerufene Initiative »Zeigt sie uns lebend« veröffentlicht ein Manifest, das von der turkmenischen Regierung Aufklärung im Falle der seit dem Jahr 2000 inhaftierten mutmaßlichen Drahtzieher eines versuchten Attentats gegen Ex-Präsident Nijasow fordert.
2.11.2013	Präsident Berdymuchammedow inspiziert in Anwesenheit hoher Staatsbeamter die Bauarbeiten der Olympia-Stadt in Aschchabad.
3.11.2013	In Aschchabad findet ein Seminar zu Migrationsfragen statt, an dem auch der IOM-Regionalmanager für Osteuropa und Zentralasien, Mark Richmond, teilnimmt.
4.11.2013	Die Nationalbank führt für Privatunternehmer eine Beschränkung für Kontoabhebungen von maximal 1.000 US-Dollar im Monat ein.
5.11.2013	Der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Aschchabad ein. Bei einem Treffen mit Präsident Berdymuchammedow wird u. a. ein gemeinsames Projekt zur Entwicklung von Drohnen besprochen, meldet RFE/RL.
7.11.2013	Präsident Berdymuchammedow gibt bekannt, dass die Bauarbeiten für die Erweiterung der Gaspipeline Turkmenistan–China um eine weitere Röhre begonnen haben.
9.11.2013	Bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats fordert Präsident Berdymuchammedow einen verstärkten Kampf gegen Drogenhandel und -missbrauch.
10.11.2013	Bei einer Parlamentssitzung wird der Staatshaushalt für 2014 verabschiedet.
11.11.2013	In Aschchabad finden usbekisch-turkmenische Regierungskonsultationen statt, über den Inhalt wird nichts bekannt.
11.11.2013	Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Muradklytsch Atajew wird von seinem Posten entlassen, Nachfolger wird Jagmur Orasow.
11.11.2013	Sämtliche privaten Kindergärten und Vorschulen in Aschchabad wurden geschlossen, meldet Chronika Turkmenistana. Als Grund werden Lizenzfragen genannt.

14.11.2013	In Aschchabad finden zwei internationale Konferenzen zu »Bildung, Sport und Tourismus in der Epoche des Ruhms und Glücks« sowie zu den »Jahrtausende alten Wurzeln der Baukultur Turkmenistans« statt.
15.11.2013	Im Rahmen einer Kabinettsitzung entlässt Präsident Berdymuchammedow auch den stellvertretenden Chef des Staatskonzerns Turkmenchimija, Jasmuchammed Nuryjew. Nachfolger wird der stellvertretende Chef des Kabinetts, Babanijas Italmasow.
16.11.2013	Im dem nach der Mutter von Ex-Präsident Nijasow, Kurbansoltan esche, benannten Bezirk wird eine Strafkolonie für Frauen »nach europäischem Standard« errichtet.
17.11.2013	Verteidigungsminister Begentsch Gundogdyjew trifft während eines Arbeitsbesuchs in Beijing auf den stellvertretenden Chef des Zentralen Militärrats Chinas, Fan Chanlun.
17.11.2013	Turkmenistan wurde für die Jahre 2013–17 zum ersten Mal in den Rat der Unesco gewählt, berichtet Interfax.

Usbekistan

21.10.2013	Gazeta.uz berichtet, dass besonders erfolgreiche Landwirte, die nicht weniger als 20 ha Land bearbeiten und mindestens 40 kg Baumwolle pro ha ernten, außer der Reihe ein Auto von GM Uzbekistan und ein Haus erwerben können. Allerdings liegt der Erntedurchschnitt privater Farmen bei 20 kg Baumwolle pro ha.
23.10.2013	In Taschkent findet ein Treffen der für Außenwirtschaftsbeziehungen zuständigen Minister der SCO-Staaten statt.
23.10.2013	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik stieg das BIP in den ersten neun Monaten 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,1 % (Industrie 9,4 %, Landwirtschaft 6,8 %, Handel 14,7 %, Dienstleistungen 12,4 %).
23.10.2013	FergananeWS.com meldet, dass der schwerkranke Journalist Solidschon Abdurachmanow bis zum 1.11. in Einzelhaft strafverlegt wurde. Grund sei ein Interview, das seine Verwandten gegeben hätten.
24.10.2013	Der Aufsichtsrat der ADB bewilligt einen Kredit in Höhe von 200 Mio. US-Dollar für ländlichen Wohnungsbau.
24.10.2013	Präsident Islam Karimow trifft zur Teilnahme am GUS-Gipfel in Minsk ein.
24.10.2013	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass mehrere unter der Kontrolle von Präsidententochter Gulnara Karimowa stehende Fernsehsender auf allerhöchste Anordnung geschlossen worden sind. Auch die zu Karimowas Holding gehörenden Radiosender sind nicht mehr zu empfangen.
24.10.2013	Nach Angaben von Menschenrechtlern ist am 21.10. im Gefängnis von Sarafschon (Gebiet Nawoi) ein 31-jähriger Gefangener an den Folgen von Folter gestorben.
24.10.2013	RIA Novosti meldet, dass die belgische Popsängerin Lara Fabian ihren für den 26.10. geplanten Auftritt auf einem von Gulnara Karimowas initiierten Festival in Taschkent abgesagt hat, nachdem internationale Menschenrechtsorganisationen sie deshalb kritisiert hatten.
25.10.2013	FergananeWS.com berichtet von einem wachsenden Benzinmangel in Usbekistan mit entsprechender Steigerung der Preise, als Ursache werden zu geringe Produktion und veraltete Technik genannt.
26.10.2013	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Generalstaatsanwaltschaft, die Abteilung zum Kampf gegen das organisierte Verbrechen des Innenministeriums und das Steuerkomitee Untersuchungen gegen den Fonds »Forum Kultur und Kunst Usbekistans« von Präsidententochter Gulnara Karimowa aufgenommen haben.
26.10.2013	Erst jetzt wird bekannt, dass am 20.10. die gesamte Führung der Erdölraffinerie in Fergana verhaftet wurde. Beobachter sehen einen Zusammenhang mit der Verhaftung des Neffen von Präsident Karimow Mitte Oktober.
29.10.2013	Interfax meldet, dass ein Gericht im Gebiet Namangan drei Personen wegen Menschenhandels zu mehrjährigen Freiheitsstrafen und Zahlung von fast 80 Mio. Sum (36.700 US-Dollar) verurteilt hat. Sie hatten ca. 30 Menschen mit falschen Versprechungen nach Russland gelockt, wo sie unter der Sklaverei ähnlichen Bedingungen arbeiten mussten.
30.10.2013	Außenminister Abdulus Kamilow empfängt eine Delegation des Europäischen Parlaments, die sich anlässlich des 10. Treffens des Komitees für Zusammenarbeit zwischen EU und Usbekistan in Taschkent aufhält.
30.10.2013	Auf einer Sitzung des UN-Komitees gegen Folter in Genf, auf der die Situation in Usbekistan besprochen wird, beschuldigt der usbekische Delegationsleiter die UN-Gremien in einem Wutanfall politisch motivierter Bewertungen auf Basis veralteter Daten.

31.10.2013	In Andischan ermordet ein von einer zur Baumwollernte verpflichteten, kranken Studentin angeheuerter Ersatzmann im Konflikt um die Bezahlung für diese Tätigkeit die Studentin und verletzt ihre Mutter schwer. Sie ist das zehnte in Medien bekannt gewordene Todesopfer der diesjährigen Erntesaison.
31.10.2013	Nach Angaben der russischen Nationalbank haben usbekische Arbeitsmigranten im zweiten Quartal 2013 1,6 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat überwiesen.
4.11.2013	Am Tag der fremdenfeindlichen Demonstrationen in Russland werden in Petersburg zwei Usbeken (und ein Kirgise) ermordet aufgefunden.
5.11.2013	Außenminister Kamilow trifft in Madrid mit seinem spanischen Amtskollegen Jose Manuel Garcia-Margallo zu Gesprächen über den Stand der bilateralen Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit zusammen.
5.11.2013	Die OSZE-Sonderbeauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, fordert die usbekische Führung auf, den schwer kranken seit 2008 in Haft befindlichen Journalisten Solidschon Abdurachmanow frei zu lassen.
6.11.2013	Verwandte des seit Februar 2013 spurlos verschwundenen Nurmachamad Sadykow, einem ehemaligen Vertrauten von Gulnara Karimowa, beschuldigen die Präsidententochter in einem Brief an FergananeWS und internationale Medien, dass er in ihrem Auftrag entführt, gefangen gehalten und gefoltert wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf.
7.11.2013	Usbekische Medien melden, dass Schawkat Maschitow, ein Topmanager von Uzbekneftegaz, entlassen werden soll. Er wird vermutet, dass er zum Sündenbock für die anhaltende Treibstoffkrise gemacht wurde.
7.11.2013	Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von 40.000 Euro Kompensation an den Usbeken Asamatschon Ermakow. Dieser war im September 2012 in Russland wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von 16 Monaten verurteilt worden, plötzlich aus seiner Haftanstalt verschwunden und im Gefängnis von Andischan wieder aufgetaucht.
8.11.2013	Ein Gericht in Malaysia verurteilt drei usbekische Staatsbürger zum Tode. Bei ihnen waren bei der Einreise im September 2010 größere Mengen Narkotika gefunden worden.
9.11.2013	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass ca. 100 Bewohner eines Stadtviertels von Samarkand am 5.11. aus Protest eine Straße blockiert hätten, nachdem sie tagelang weder Strom, noch Gas bzw. heißes Wasser/Heizung hatten.
11.11.2013	Uznefteprodukt gibt in einer Presseerklärung bekannt, dass zur Bekämpfung der Treibstoffkrise der Import turkmenischem Erdöls erhöht wird, betont aber zugleich, dass die Krise durch nicht von dem Unternehmen zu beeinflussende Faktoren hervorgerufen worden sei.
11.11.2013	FergananeWS.com meldet, dass der in den USA lebende Oppositionelle Bachodir Tschorijew aus Protest gegen Bürokratie und Diskriminierung durch seinen US-Arbeitgeber seit dem 4.11. im Hungerstreik sei.
11.11.2013	Interfax meldet, dass usbekische Gerichte die Abschiebung von drei US-amerikanischen Staatsbürgern wegen unerlaubter Missionierungsaktivitäten beschlossen haben.
12.11.2013	Es wird bekannt, dass seit Anfang November mehrere lokale Fernsehsender der Gruppe NTT wegen finanzieller Probleme den Sendebetrieb einstellen mussten, Ursache sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.
12.11.2013	Vertreter der usbekischen Diaspora in Russland beklagen sich in einem Brief an Präsident Karimow über die mangelnde Unterstützung beim Schutz ihrer Rechte durch die usbekische Botschaft in Moskau.
13.11.2013	Die Sprecherin der russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko, trifft während ihres Taschkent-Besuches mit Präsident Karimow, Außenminister Kamilow und Vertretern des Parlaments zusammen.
13.11.2013	Das staatliche Fernsehen meldet die Verurteilung einer Gruppe von Menschenhändlern zu Freiheitsstrafen von vier bis achteinhalb Jahren. Die Männer hatten in den Jahren 2011/12 260 usbekische Arbeitsmigranten illegal in das russische Jakutsk geschafft, wo sie gegen ihren Willen schwere körperliche Arbeit verrichten mussten.
14.11.2013	Am Morgen werden mehrere unabhängige über Usbekistan berichtende Nachrichtenwebsites (CentrAzija.ru, FergananeWS.com, Ozodlik, Uzmtronom) durch eine Hackerattacke außer Betrieb gesetzt.
18.11.2013	Usbekische Medien melden, dass die am 15.11. in aller Eile geschlossenen Marken-Boutiquen in Taschkent, z. B. Mango, United Colours of Benetton, Levis, grobe Fehler bei Buchhaltung und Steuerzahlung gemacht hätten. Andere Quellen weisen darauf hin, dass diese Läden unter dem Schutz von Gulnara Karimowa gestanden hätten.
18.11.2013	Auf Beschluss der Regierung ist ab sofort der Verkauf von Speiseessig in einer Konzentration von mehr als 10 % verboten. Hochkonzentrierte Essigsäure kann zur Verarbeitung von Opium verwendet werden, ist allerdings auch Bestandteil vieler in Usbekistan beliebter Speisen.

18.11.2013	In Nukus (Karakalpakstan) erklären 13 ehemalige Bewohner eines Hauses aus Protest gegen ihre Kündigung ohne Kompensation den Hungerstreik und senden ein Telegramm an Präsident Karimow.
19.11.2013	Der Vorsitzende der Kommission für den Kampf gegen Menschenhandel, Generalstaatsanwalt Kadyrow empfängt die OSZE-Sonderbeauftragte für den Kampf gegen Menschenhandel, Maria Grazia Giammarinaro, und informiert sie über die Maßnahmen zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage und gegen den Menschenhandel.
19.11.2013	Die Websites der Regierungszeitungen Halk Sozi und Narodnoje Slowo werden durch Hackerangriffe außer Betrieb gesetzt.
20.11.2013	Der Generaldirektor von UzTransGaz, Tuljagan Dschurajew, wird von der Regierung seines Postens entoben. Nachfolger wird Bachodir Eschmuratow.
20.11.2013	Mehrere usbekische Nachrichtenwebsites warnen, dass islamistische Terrororganisationen wie die IMU zurzeit verstärkt nach finanzieller Unterstützung suchen.
20.11.2013	Toschkent Haqiqati berichtet, dass die Staatsanwaltschaft des Gebiets Taschkent Ermittlungen gegen die Verwaltung des Bezirks Jukori Tschirtschik und zwei Versorgungsgesellschaften wegen illegalen Abstellens von Strom und Gas aufgenommen hat.
21.11.2013	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass usbekische Staatsbürger, die unbezahlte Rechnungen egal welcher Höhe bei ihrem Mobilfunkanbieter haben, Usbekistan nicht verlassen dürfen.
21.11.2013	Gulnara Karimowa verkündet über Twitter die Schließung ihres Fonds »Forum Kultur und Kunst Usbekistans«, begonnene Projekte würden aber beendet, Mitarbeiter mit einem anderen Arbeitsplatz versorgt.
21.11.2013	Präsident Karimow empfängt den Präsident der ADB, Takehiko Nakao, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit.
21.11.2013	Außenminister Kamilow erörtert während seines dreitägigen Aufenthalts in London mit seinem britischen Amtskollegen William Hague Zustand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit
22.11.2013	In Petersburg werden sieben junge Männer, fünf davon minderjährig, wegen des Verdachts der Ermordung eines Usbeken am 4.11. festgenommen.
22.11.2013	Am Rande des 6. Asiatischen Solarenergieforums in Taschkent wird bekannt, dass die ADB 100 Mio. US-Dollar für den Bau einer Solarenergieanlage im Gebiet Samarkand bereitstellt.
22.11.2013	Das UN-Komitee gegen Folter gibt eine scharfe Erklärung heraus, in der es Usbekistan auffordert, die systematische Folter und Verfolgung von Menschenrechtlern zu beenden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2013 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de